Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Ehrenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mit dem wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronik von Merseburg"

Nr. 26 — Dienstag den 1. Februar 1921 — 47. Jahrg.

Nach der Pariser Konferenz.

Der erste Eindruck.

Von Friedrich Weinhausen, M. d. R.

Unter dem erschütternden Eindruck der Bestätigung des von den Sonntagszeitungen bereits gemeldeten Ergebnisses der Pariser Konferenzbeschlüsse durch den Reichsaußenminister Simons hat am Montagmittag der Reichstag seine Arbeit abgebrochen. Das gesamte Reichskabinett mußte am Nachmittag die übermittelte Note der Alliierten beraten und die Fraktionen mußten Stellung dazu nehmen. Heute, Dienstagmittag, wird das Ergebnis der Kabinettsberatung dem Außenminister dem Reichstag vorgetragen und den Parteien Gelegenheit gegeben werden, sich dazu zu äußern.

Bis dahin kann nur über die ersten Eindrücke berichtet werden. Der Außenminister Simons hat bei seiner kurzen Mitteilung am Montag den Inhalt der übermittelten Pariser Note dahin gekennzeichnet, daß für die Entwaffnungen endgültige Entscheidungen getroffen seien, für die Wiedergutmachung aber nur Propositionen, Vorschläge. Das hörte sich fast so an, als ob der Außenminister glaube, an diesen Vorschlägen könne noch viel zu Deutschlands Gunsten geändert werden. Da aber in der Note ausdrücklich betont wird, daß die Beschlüsse einstimmig gefaßt seien, so kann man kaum annehmen, daß deutsche Vorstellungen noch viel abzuhandeln vermöchten. Lloyd George hat zu bekanntlich auch erklärt, daß er selten so befriedigt von einer Konferenz gewesen ist, wie von der letzten; das sieht gewiß nicht darnach aus, als ob nachträglich wesentliche Korrekturen in Aussicht genommen seien.

Die erste Frage, die sich nun erhebt, ist die, ob die Vorschläge als im äußersten Notfalle erträglich gelten können. Das muß rund und glatt verneint werden. Selbst wenn man über die Geldforderungen, die sich bekanntlich auf 42 Jahre erstrecken und die ungeheure Höhe von 226 Milliarden Goldmark oder nach dem augenblicklichen Markkurs 3 Billionen Papiermark betragen sollen, mit sich reden ließe, über die gleichzeitige Bedingung der Abgabe von 12½ Proz. Exportzuschlag auf alle deutschen Ausfuhrwaren an die Reparationskommission ist überhaupt nicht zu reden. Denn diese Forderung bedeutet die Unmöglichmachung eines nennenswerten deutschen Exportes, bedeutet also die Entziehung der Lebensmöglichkeiten für das deutsche Volk. Diese Bedingungen annehmen, hieße die deutsche Nation auf den Stand einer Kuli-Nation herunterdrücken, die keine andere Aussicht mehr hat, als dauernd für fremde Völker zu frohnden. Keine deutsche Regierung, mag sie zusammengesetzt sein, wie sie wolle, kann einer solchen Ungeheuerlichkeit zustimmen.

Aber nach dieser selbstverständlichen Feststellung erhebt sich die andere Frage, ob die Reichsregierung und der Reichstag einfach „nein" sagen und alles weitere der Willkür der Siegerstaaten überlassen oder ob sie den Verhandlungsweg betreten und Gegenvorschläge machen sollen. Bekanntlich ist in der Note bereits angekündigt, daß beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung am 28. Februar nach London kommen und über die Durchführung der Maßnahmen gehört werden sollen. Die Meinungen, ob Deutschland dieser Einladung folgen oder sie einfach ausschlagen solle, können vielleicht geteilt sein. Gewisse Parteien, die sich noch immer etwas vom Aufstampfen versprechen, werden jedes weitere Verhandeln ablehnen wollen. Auf der anderen Seite werden die Parteien, die in ähnlicher schwieriger Lage im Sommer 1919 zur Unterschrift des Friedensvertrages sich bereitfinden ließen, auch jetzt wieder dringend zu Verhandlungen raten.

Wir Demokraten haben seinerzeit gegen den Friedensvertrag gestimmt und die neueste schwierigste Situation, vor die wir uns gestellt sehen, gibt jener demokratischen Haltung heute ebenso recht, wie alle die anderen peinlichen Lagen und Demütigungen, die wir inzwischen schon hinter uns haben. Trotzdem dürfte im demokratischen Lager fürs erste die Ansicht überwiegen, daß diesmal doch alle Verhandlungsmöglichkeiten erst erschöpft werden sollten, ehe das letzte „Nein!" kommt. Die Zeit arbeitet für uns. Die Wirtschaftskrisis, die bei uns herrscht, hat in fast gleicher Stärke jetzt auch die Siegerstaaten ergriffen. Die Ausschaltung Deutschlands vom Weltmarkt macht sich in England und Frankreich mit jedem Tage deutlicher fühlbar. Sie wird auch in Amerika überaus schmerzlich empfunden. Je länger sich die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes im Auslande auszuwirken vermag, um so mehr muß die Einsicht wachsen, daß es auf die Dauer so nicht weitergehen kann. Es kommt hinzu, daß in Amerika mit dem Wechsel der Präsidentschaft eine neue Situation entsteht, die auf die gesamte Weltlage von nicht abzusehendem Einfluß sein wird. Wir sind nach den furchtbaren Enttäuschungen, die einst Wilson dem deutschen Volke bereitet hat, gewiß weit davon entfernt, nun etwa auf den kommenden Harding irgendwelche besonderen Hoffnungen zu setzen. Aber wir haben auch keinen Grund, den voraussichtlichen Umschwung nicht erst abzuwarten, sondern mit größter Beschleunigung unseren Gegnern ein sofortiges „Nein!" entgegenzuschleudern. Verhandlungen, wie sie in diesem Falle notwendig sind, können Wochen und Monate dauern. Unsere endgültige Antwort auf das neueste Diktat von Paris kann ruhig bis dahin vertagt werden. Irgendwelche Schädigungen würden für Deutschland hieraus kaum erwachsen.

Der erste Eindruck in den Kreisen der demokratischen Parlamentarier kann daher dahin zusammengefaßt werden: Das neue Diktat der Pariser Konferenz ist unerfüllbar, aber Deutschland soll sich ernsthaft bemühen, bis zum 28. Februar den Nachweis der Unerfüllbarkeit und neue Gegenvorschläge vorzubereiten, die das äußerste Maß von Möglichkeiten eines Entgegenkommens unsererseits bedeuten.

*

Die Note der Entschädigungsforderungen.

Die gleichzeitig mit der militärischen Note übergebene Vereinbarung zwischen den alliierten Mächten zur Regelung gewisser Fragen hinsichtlich der Ausführung des Vertrages von Versailles hat folgenden Wortlaut:

Artikel I.

Um die Verpflichtungen, welche die Artikel 231 und 232 des Vertrages von Versailles Deutschland auferlegt haben, zu erfüllen, hat Deutschland außer den Rücklieferungen, die es gemäß Artikel 238 zu bewirken hat, und außer allen anderen Verpflichtungen des Vertrages zu zahlen:

1. Feste Annuitäten je zur Hälfte am Ende jedes Halbjahres zahlbar und wie folgt bestimmt:
a) zwei Annuitäten von 2 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1923;
b) drei Annuitäten von 3 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1923 bis 1. Mai 1926;
c) drei Annuitäten von 4 Milliarden Goldmark vom 1. Mai 1926 bis 1. Mai 1929;
d) drei Annuitäten von 5 Milliarden Goldmark vom 1. Mai 1929 bis 1. Mai 1932;
e) 31 Annuitäten von 6 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1932 bis 1. Mai 1963.

2. 42 Annuitäten, die vom 1. Mai 1921 zu laufen beginnen, die 12 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr gleichkommen, werden von dem Ertrage dieser Ausfuhr vorweg erhoben und sind in Gold zwei Monate nach Ablauf jeden Halbjahres zahlbar.

Um die volle Ausführung vorstehender Bestimmungen zu 2 sicherzustellen, wird Deutschland der Reparationskommission alle Erleichterungen gewähren, um den Betrag der deutschen Ausfuhr festzustellen und die hierfür notwendige Überwachung einrichten.

Artikel II.

Die deutsche Regierung wird der Reparationskommission unverzüglich auf den Inhaber lautende Bonds ausstellen, die an den in Artikel I Ziffer 1 der vorstehenden Vereinbarung vorgesehenen Fälligkeitstagen zahlbar sind und deren Betrag jedem der Halbjahrsbeträge, die in Anwendung des genannten Paragraphen zu zahlen sind, gleichkommen sollen. Der Reparationskommission werden Anweisungen erteilt werden, um denjenigen Mächten, die es wünschen, die Begebbarkeit (Mobilisation) des ihnen nach den zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen zukommenden Anteils zu erleichtern.

Artikel III.

Deutschland kann den im voraus bestimmt festgelegten Teil seiner Schuld stets im voraus bezahlen. Die Vorauszahlungen, die es leisten wird, werden dazu verwendet werden, die festen Annuitäten, soweit sie in Artikel I Ziffer 1 bestimmt sind, zu ermäßigen; diese Annuitäten werden zu diesem Zwecke bis zum 1. Mai 1923 mit 8 Prozent, vom 1. Mai 1923 bis zum 1. Mai 1925 mit 6 Prozent, vom 1. Mai 1925 ab mit 5 Prozent diskontiert werden.

Artikel IV.

Deutschland wird weder mittelbar noch unmittelbar eine Kreditoperation außerhalb seines Gebietes ohne Zustimmung der Reparationskommission unternehmen. Diese Bestimmung findet auf die Reichsregierung, die Regierungen der deutschen Länder, auf die deutschen Provinzial- und Gemeindebehörden und auch auf diejenigen Gesellschaften oder Unternehmungen, welche von solchen Regierungen und Behörden überwacht werden, Anwendung.

Artikel V.

In Anwendung des Artikels 248 des Vertrages von Versailles haben alle Güter- und Einnahmequellen des Reiches und der Länder der Sicherstellung einer restlosen Ausführung der mit der gegenwärtigen Vereinbarung getroffenen Bestimmungen mit Deutschland zu dienen. Der Ertrag deutscher See- und Landzölle einschließlich insbesondere des Ertrages fester Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und aller Nebenabgaben dient als besonderes Pfand für die Durchführung der gegenwärtigen Vereinbarung.

Keine Änderung in der Zollgesetzgebung oder in den Zollverwaltungsbestimmungen Deutschlands, die geeignet wäre, den Ertrag der Zölle zu vermindern, darf ohne Zustimmung der Reparationskommission vorgenommen werden. Die Gesamtheit der deutschen Zolleinnahmen wird für Rechnung der deutschen Regierung durch einen Generalzolleinnehmer für die deutschen Zölle vereinnahmt werden, der von der deutschen Regierung mit Zustimmung der Reparationskommission ernannt werden wird.

Falls Deutschland eine der in der gegenwärtigen Vereinbarung vorgesehenen Zahlungen unterlassen sollte,

kann 1. die Gesamtheit oder ein Teil des Ertrages der deutschen Zölle in die Hand des Generaleinnehmers für die deutschen Zölle durch die Reparationskommission beschlagnahmt und von ihr zur Erfüllung derjenigen Verpflichtungen verwandt werden, die Deutschland zu erfüllen unterlassen hat. In diesem Falle kann die Reparationskommission, wenn sie es für nötig hält, die Verwaltung und die Vereinnahmung der Zolleinnahmen selbst übernehmen; 2. die Reparationskommission außerdem die deutsche Regierung auffordern, die Tarife zu erhöhen oder zur Vermehrung ihrer Einnahmequellen andere von dieser Kommission als unumgänglich erachtete Maßnahmen zu treffen. 3. Wenn diese Aufforderung ohne Erfolg bleiben sollte, so kann die Kommission die Tatsache der Nichterfüllung der deutschen Regierung förmlich feststellen und diese Sachlage den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte anzeigen, die dann die von ihnen als gerechtfertigt erachteten Maßnahmen ergreifen werden.

Geschehen in Paris am 29. Januar 1921.

(gez.) Henri Jaspar. Dr. Lloyd George. Ar. Briand. C. Sforza. L. Ifsil.

*

Einladung zu einer Besprechung in London Ende Februar.

In der mit der Entwaffnungs- und Reparationsnote übergebenen Mantelnote wird gleichzeitig der bevollmächtigte Delegierte der deutschen Regierung eingeladen werden, sich Ende Februar mit den Delegierten der Alliierten in London zu treffen.

Die Wirkungen der Ententeforderungen.

Über die neuen Ententeforderungen äußert sich eine führende Persönlichkeit unseres Außenhandels

in der „B. Z", daß die in den Pariser Beschlüssen vorgesehene Erhebung einer Ausfuhrabgabe von 12½ Prozent den ganzen deutschen Ausfuhrhandel geradezu verwüsten würde. Vorübergehend würde vielleicht die Verschlechterung unserer Valuta unsere Ausfuhr erhöhen, aber bald würden neue Steigerungen der Löhne und infolgedessen der Herstellungspreise eintreten und als deren Folge die Unmöglichkeit, konkurrenzfähig zu bleiben. Die Ausfuhrabgabe, die von der Entente verlangt wird, könnte also in kürzester Zeit nur dazu führen, daß unser Außenhandel ganz aufhört und die Entente überhaupt nichts bekommt. Auch der Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft Urbig, der als Sachverständiger an der Versailler „Friedenskonferenz" und an der Brüsseler Finanzkonferenz teilgenommen hat und jetzt auch zu den Verhandlungen über das Mark-Abkommen mit Belgien von der Regierung herangezogen worden ist, äußerte sich in einer Unterredung mit einem Pressevertreter in ähnlichem Sinne. U. a. sagte er: „Ich hoffe, man wird bei uns einsehen, welchen Gefahren wir gegenüberstehen, denn in Frankreich ist man noch nicht soweit, einzusehen, daß auch mit der Besetzung des Ruhrgebiets der in dieser Milliarden liegende Wahnsinn nicht zu einer Realität verwandelt wird. Vielleicht läßt man sich in Frankreich noch einmal von hier aus sagen, daß dieser Besetzung der finanzielle Zusammenbruch unmittelbar folgen müßte. Alle Berufskreise müssen jetzt ihre Stimme erheben. Man darf auf der Gegenseite nicht zu der Auffassung kommen, daß wir das der 14 Punkten Wilsons hohnsprechende

Die Reichsregierung zu den neuen Erpressungen der Entente an Deutschland.

Berlin, 1. Febr. (TU.) Das Reichskabinett hat gestern abend in später Stunde seine Beratungen über die Noten der Alliierten und deren Auswirkungen für die innere und äußere Politik abgeschlossen. Man kann danach feststellen, daß das Reichskabinett seine bisherige Politik zunächst weitergehen wird, daß der Reichsminister Dr. Simons im Amte bleibt. Die Ansicht des Reichskabinetts ging, wie verlautet, dahin, daß auch durch einen Wechsel in der Regierung zunächst an der Sachlage nichts geändert werden könnte. Dr. Simons wird heute im Ausschuß für auswärtige Politik und im Reichstag die Ansicht des Reichskabinetts mitteilen. Als Folge der politischen Situation haben die Bemühungen um eine Verbreiterung der Regierungsmehrheit wieder begonnen.

Berlin, 1. Febr. (TU.) Wie die „B. Z." mitteilt, ist heute nacht ein Sonderkurier der deutschen Botschaft in Paris hier eingeflossen, der das Original der beiden Noten der Entente und das von den Vertretern der Alliierten unterzeichnete Begleitschreiben hierzu überbrachte. Die Noten seien ein ganz hervorragendes Dokument, das nicht in Schreibmaschinenschrift, sondern im Druck hergestellt und gebundmändert ist.

Paris, 1. Febr. (WTB.) Der deutsche Botschafter Dr. Mayer ist gestern aus Deutschland nach Paris zurückgekehrt.

Englische Urteile.

London, 1. Febr. (ETB.) Im Mittelpunkte des Interesses steht die von Deutschland geforderte Reparation, insbesondere die Frage der Haltung Deutschlands. Die Urteile der Presse gehen der politischen Haltung der Blätter entsprechend weit auseinander. Während „Manchester Guardian" und „Westminster Gazette" sowie „Star" die Beschlüsse der Alliierten in der Reparationsfrage zum Teil scharf verurteilen, stimmen „Evenin Standard" und „Globe", „Pallmalle Gazette" und „Evening News" den Beschlüssen der Pariser Konferenz zu. über die Haltung Deutschlands herrscht Unsicherheit. Die Mehrzahl der Urteile ist jedoch auf das Wort „Deutschland wird zahlen" abgestimmt.

79 Milliarden ungedeckte Ausgaben des Reiches für 1920.

Berlin, 1. Febr. (TU.) Im Reichsrat machte ein Regierungsvertreter Ausführungen über den Haushalt des Reiches nach Einbringung einer Reihe von Ergänzungsetats. Es geht daraus hervor, daß die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1920 auf rund 79 Milliarden angewachsen sind.

Rückgabe des feindlichen Eigentums in Amerika beantragt.

New York, 1. Febr. Nach einer Meldung der Frankfurter Zig. hat der Repräsentant Caldwell eine Bill vorgelegt, nach der alles feindliche Eigentum ohne Rücksicht sofort den Eigentümern zurückgegeben werden soll.

Fabrikationsgeheimnisse gestohlen.

Stuttgart, 1. Febr. (WTB.) In Rottweil versuchten verschiedene Personen ein Fabrikationsgeheimnis der dortigen Pulverfabrik ins Ausland zu verkaufen. Gegen die Beiteiligten ist schon Haftbefehl erlassen worden. Die Akten sind bereits dem Oberreichsanwalt übergeben.

Amerika und die Erpressernoten.

Washington, 1. Febr. (WTB.) Die Londoner „Daily Expreß" meldet aus Washington, daß die amtlichen amerikanischen Kreise nicht besonders begeistert über das Reparationsprogramm der Alliierten sind. Sie meinen, es sei Deutschlands Sache, zu sagen, ob der Plan Erfolg haben könne. Es wird darauf hingewiesen, daß die in Paris getroffenen Entscheidungen von vitaler Bedeutung für die amerikanischen Handelsbeziehungen nicht nur zu Deutschland, sondern auch zu den Alliierten sind.

New York, 1. Febr. (WTB.) Selbst ententefreundliche Blätter verurteilen die Pariser Bemessung der Entschädigung. „New York Worlb" fragt, ob denn die europäische Klugheit tot sei. „New York Times" nennt die Exportsteuer verrückt.

Brüsseler Konferenzbeginn am 7. Februar.

Paris, 1. Febr. Die Konferenz der Sachverständigen in Brüssel ist auf den 7. Februar einberufen worden. Die deutschen Delegierten sind gleichfalls geladen. Die Sachverständigen der Alliierten sind bereits mit der Ausarbeitung des Programms für die Beratungen beschäftigt.

Verschiebung des Abstimmungstermins für Oberschlesien?

Berlin, 1. Febr. Wie wir von gutunterrichteter Seite hören, ist eine Verschiebung des Abstimmungstermins für Oberschlesien vom 13. März auf ein späteres Datum wahrscheinlich. Der Termin für die Eintragung in die Listen wird um sechs Tage verlängert werden.

Kemal Paschas Bedingungen für London.

London, 1. Febr. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß Mustapha Kemal Pascha weitere Bedingungen für die Teilnahme an der Londoner Konferenz stellt. Er fordert, daß die Konstantinopeler Regierung zurücktritt und daß nur die Regierung von Angora Delegierte zur Konferenz entsendet. Mustapha Kemal Pascha hat seinen Streitkräften befohlen, während der Verhandlungen die Feindseligkeiten gegen die Franzosen in Cicilien und gegen die Engländer in Mesopotamien einzustellen. Wie Reuter weiter meldet, wird in amtlichen Kreisen in London die annehmende Haltung Mustapha Kemal Paschas unzünstig aufgenommen. Es wird darauf hingewiesen, daß die anatolische Regierung auf der Londoner Konferenz alles zu gewinnen und nichts zu verlieren habe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210201-19/fragment/page=0001

Diktatnotenpapier nochmals freiwillig auf einen Wechsel über 270 Milliarden Goldmark — sie bedeuten für uns gegenwärtig die Kleinigkeit von 2700 Milliarden Papiermark — setzen werden.

Ablehnende Haltung der Reichstagsfraktionen.

Aus Berlin wird uns berichtet: Wie schon gemeldet, sind am Montag nachmittag die einzelnen Fraktionen des Reichstags zusammengetreten, um zu der Note der Alliierten Stellung zu nehmen. Die Äußerungen verschiedener Reichsgroßredner der einzelnen Reichstagsfraktionen lassen erkennen, daß von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen die Auffassung besteht, daß die Beschlüsse der Pariser Konferenz eine Utopie bedeuten und daß sie Deutschland unter keinen Umständen erfüllen kann. So äußerte sich der Reichstagsabgeordnete Petersen einem Vertreter des „Acht-Uhr-Abendblattes" gegenüber:

Es ist ein Unsinn und eine Unmöglichkeit, was in Paris beschlossen wurde. Es würde dazu führen, die deutsche Kultur zu vernichten und das deutsche Volk zu Sklaven zu machen. Die Rolle des Sklavenhalters müßte oder dann die Entente übernehmen, da sich kaum eine deutsche Regierung finden wird, die sich dazu hergeben könnte.

Abg. Dr. Kahl von der Deutschen Volkspartei erklärte, daß er die Forderung der Entente für völlig unannehmbar halte. Die Annahme des Versailler Vertrages durch die Weimarer Nationalversammlung räche sich jetzt. Hätte die Nationalversammlung in Weimar damals die Genehmigung zur Unterschrift nicht erteilt, wäre Deutschland nicht in dieser mißlichen Situation.

Unerfüllbar für Deutschland!

Berlin, 1. Febr. Sämtliche bürgerlichen und sozialistischen Blätter erklären einmütig den in Paris aufgestellten Reparationsplan als unerfüllbar für Deutschland. — Reichsminister a. D. Gothein errechnet im „Berl. Tageblt.", daß der ganze Ausfuhrzoll bestenfalls jährlich 6,6 Milliarden Goldmark erbringen kann. Den künftigen Ertrag der deutschen Einfuhrzölle schätzt er allerhöchstens auf 400 bis 500 Millionen Goldmark. Mit den Ausfuhrzöllen zusammen würden sie einen Bruttoertrag von rund 1 Milliarde Goldmark ergeben, also die Hälfte dessen, was die Entente schon im ersten Jahre verlangt. Davon gehen aber noch die Kosten der Grenzbewachung und des ganzen Zolldienstes ab, die Gothein auf mindestens 15 Prozent des Ertrages veranschlagt.

Die „Voss. Ztg." bezeichnet als die schärfsten Bestimmungen diejenigen über die Pfänder und Kontrolle. Sie stellen die vollständige wirtschaftliche Entmündigung des deutschen Volkes dar, sie bedeuten eine Vernichtung der Wiederaufbauarbeit eines besiegten Volkes, wie sie in der Weltgeschichte beispiellos dasteht.

Im „Vorwärts" heißt es, eine Regierung, die die Pariser Vorschläge annimmt, würde sich im Widerspruch stellen zur Meinung ganz Deutschlands. In ganz Deutschland gibt es keinen Menschen, der diese Vorschläge für ausführbar hält.

Die „Freiheit" kommt nach einer Prüfung der in Paris aufgestellten Zahlen vom ökonomischen Standpunkt zu der Antwort, daß die Erfüllung dieser Zahlungen undurchführbar ist.

Die Kritik Amerikas.

„Daily Expreß" meldet aus New York: Der Vorsitzende der Chase National Bank erklärte, die Entschädigungsbedingungen der Pariser Konferenz seien allzu streng. Er könne sie nicht optimistisch beurteilen. Eine Gruppe von Wirtschaftlern in den Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß die Entschädigungssumme niemals bezahlt werden wird, da die Alliierten schließlich einsehen werden, daß sie Deutschland ihre eigenen Märkte auslesern müssen, um Deutschland die Bezahlung in Waren zu ermöglichen. Es wird sogar der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Bezahlung in deutschen Waren in Frankreich eine solche Arbeitslosigkeit zur Folge haben werde, daß die französischen Arbeiter einen höheren Schutztarif fordern werden, um Deutschland zu verhindern, seine Zahlungen fortzuführen.

Die „Times" melden aus Washington: Es wird fast allgemein die Ansicht vertreten, daß wesentliche Abänderungen in den von der Pariser Konferenz festgesetzten Entschädigungsbestimmungen fast unvermeidlich sind. In Amerika wird darauf hingewiesen, daß sowohl die Verteilung der Entschädigungssummen auf die Zeit von 42 Jahren, wie auch die Erhebung einer 12½ prozentigen Zollsteuer auf die deutsche Ausfuhr der Zustimmung Deutschlands bedarf.

Der Hohn der Boulevard„sieger" über das verstümmelte Deutschland.

Paris, 31. Jan. Der „Petit Parisien" schreibt, die deutsche Presse aller Richtungen lobe gegen das Abkommen von Paris. Sie bleibe in ihrer Rolle. Eines der größten Blätter von Berlin habe die Alliierten aufgefordert, sie sollen sich das, was sie haben wollten, selbst holen. Gerade das hätten die Alliierten in Paris beschlossen, nämlich sich selbst bezahlt zu machen, falls der schlechte Wille ihrer Schuldner sich zeige. Die Alliierten würden damit beginnen, die Zölle zu beschlagnahmen, falls Deutschland sich weigere, seine Zölle kontrollieren zu lassen. Dann würde der Gerichtsvollzieher kommen, nämlich die alliierten Armeen, die am Rhein lagern und die rheinischen Brückenköpfe besetzt hätten. Diese Gerichtsvollzieher würden alsdann das Ruhrgebiet beschlagnahmen und schließlich an der Grenze des Rheingebiets Zölle erheben und Steuern verlangen und einkassieren. Die letztere Maßnahme sei in dem Abkommen von Paris enthalten. So vervollständige und präzisiere es den Vertrag von Versailles.

Frankreichs Finanzsorge.

Aus Paris wird noch berichtet: Pariser Blättern zufolge wird Briand am Donnerstag im französischen Parlament über die Ergebnisse der Alliiertenkonferenz Bericht erstatten. Anschließend daran wird er in den Kammerausschüssen Finanzen und Auswärtiges sprechen. In parlamentarischen und Pressekreisen ist dem ersten Begeisterungstaumel über die Ergebnisse der Konferenz nüchterne Betrachtung gefolgt. Zwar findet Briand allenthalben Beifall, und ein überwältigendes Vertrauensvotum ist ihm sicher, wenn er in der Kammer auftreten wird, aber man fragt sich schon jetzt, wie es der Regierung gelingen wird, zunächst die großen Bedürfnisse der französischen Finanzverwaltung zu befriedigen. Man wird Briand interpellieren, ob die Kreditabmachungen mit den Verbündeten eingeleitet hat. Alle Hoffnungen richten sich nach wie vor auf die Vereinigten Staaten. Alles hofft, daß sie, wenn auch nicht die Schulden der Kriegszeit annullieren, so doch noch auf lange Zeit stunden und vor allem neue Kredite gewähren werden. Die französische Presse sieht ebenfalls mancherlei Hindernisse aufsteigen, die sich der Verwirklichung der alliierten Beschlüsse entgegenstellen. Der „Intransigeant" meint zwar, man habe genügend Sicherung, um die Deutschen zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu zwingen, man werde die deutschen Zolleinnahmen beschlagnahmen und deutsches Gebiet besetzen, was sich ohne Widerspruch vollziehen würde, im Gegensatz zu der seinerzeitigen Besetzung von Frankfurt a. M., und wenn alles nichts nütze, so werde man eben Deutschland als bankrotten Staat erklären.

Staatsminister Stykovich über die Ententenote.

„Das Ministerium der nationalen Konzentration".

Reichstagsabgeordneter Staatsminister a. D. Stykovich führte am Montag abend in einer Versammlung der Deutschen demokratischen Partei Berlin Mitte und Straßauer Stadtviertel zu der letzten Note der Entente u. a. aus: Die wahnsinnigen Reparationsforderungen der Pariser Konferenz schaffen in Deutschland eine neue politische Lage. Das Reichskabinett, das sich parlamentarisch als Mehrheitsregierung der Deutschen demokratischen Partei, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei darstellt, hat die Frage zu prüfen, ob es seinerseits die Verantwortung für Deutschlands ganze Zukunft übernehmen kann und will. Das, was die Stunde fordert, ist ein Ministerium der nationalen Konzentration. Man solle unverzüglich versuchen, dieses Ministerium zu bilden. Es darf an den Parteigegensätzen nicht scheitern. Das deutsche Volk würde kein Verständnis dafür haben, wenn Parteihader bei dieser Entscheidung die Einigkeit Deutschlands verhinderte. Die geschichtliche Stunde für die sozialistischen Parteien hat geschlagen. Ihre Führer können jetzt zeigen, ob sie nur Parteitaktiker oder Staatsmänner sind. Die Deutsche demokratische Partei als die Partei des Ausgleichs und der Mitte wird sich sicherlich den Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung der nationalen Konzentration nicht entziehen. Auf alle Fälle aber erscheint eine Verbreiterung der allzu schmalen Grundlage der jetzigen Reichsregierung unerläßlich."

Die Lage im Reiche.

Das Ziel der Kommunisten:
Die Eroberung der Gewerkschaften.

Halle, 1. Febr. Am Sonntag fand hier eine Konferenz der Opposition der Bauarbeiter im Deutschen Bauarbeiterverband statt, an der auch Vertreter anderer Verbände der Bauindustrie teilnahmen. Außerdem nahm ein Vertreter der Moskauer Gewerkschaftsinternationale an der Konferenz teil. Man nahm Stellung zu den Ausschlüssen der Kommunisten aus dem Deutschen Bauarbeiterverband und zu den Maßnahmen zur Abwehr der Spaltung innerhalb der Gewerkschaften. Es wurde in den verschiedenen Referaten zum Ausdruck gebracht, daß das Ziel der Kommunisten die Eroberung der Gewerkschaften sein müsse, um sie zu revolutionären Kampforganisationen auszubauen. Für den Weltkongreß der roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau wurde ein Vertreter gewählt — Die Gewerkschaften werden den Kommunisten für ihr offenes Wort danken und vor ihnen und ihren Moskauer „Segnungen" nunmehr doppelt auf der Hut sein.

Ein Waffenfund in Beuthen.

Beuthen, 1. Febr. Wie von interalliierter Seite mitgeteilt wird, wurde am Sonntagabend auf dem Beuthener Bahnhof ein riesiger Waffenvorrat beschlagnahmt, der nach Beuthen bahnlagernd gesandt worden war. In den angeblichen Marmelade- und Seifenkisten befanden sich Kisten mit Waffen und Munition. Die Vorräte bestanden aus acht Maschinengewehren, 450 Infanteriegewehren, 100 000 Infanteriegeschossen, 2500 Handgranaten und 360 Bomben mit Giftgasen. Wer für den Waffentransport verantwortlich zu machen ist, steht noch nicht fest.

*

Aus dem besetzten Gebiet.

Auftreten der Schlafkrankheit in der Pfalz.

St. Ingbert, 1. Febr. Hier sind drei Fälle von Schlafkrankheit festgestellt worden. Am Freitag ist eine Frau in das Krankenhaus eingeliefert worden, die seit sechs Tagen von der Schlafkrankheit befallen ist. Auch in Saarbrücken und anderen Orten sind einzelne Fälle von Schlafkrankheit vorgekommen.

Die Frage wäre zu untersuchen, ob die afrikanischen Truppen der Franzosen die Krankheit nach Deutschland eingeschleppt haben.

Französische Anklagen gegen deutsche Lehrer.

Die „Agence Havas" meldet: Die Aufmerksamkeit der interalliierten Kommission ist auf die Haltung des Professors Dresen in Trier gelenkt worden, der die Schuljugend gegen die Besatzungstruppen und Frankreich aufhetzt. Die Kommission hat den Rheinkommissar aufgefordert, eine Untersuchung einzuleiten und den Professor zu tadeln. Ein ähnlicher Schritt ist gegen den Präsidenten der Trierer Turnvereine Dr. Schuch unternommen worden.

Amerikanische Entschuldigung wegen der Eberbacher übergriffe.

Berlin, 1. Febr. Im Auftrage des Generals Allen, des Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, erschien bei dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete dessen Vertreter, Oberst Stone, und erklärte, der General wolle sich hierdurch formell bei der deutschen Reichs- und der badischen Landesregierung entschuldigen wegen der von zwei amerikanischen Kriminalbeamten versuchten Verhaftung des Deutschamerikaners Bergdoll auf badischem Gebiet. Der General habe zu dem Unternehmen, das er sehr bedauere, keinen Auftrag gegeben und billige dieses nicht. Der Auftrag zur Verhaftung Bergdolls wurde von dem erst kürzlich nach Deutschland gekommenen und noch unbekannten Provost Marshal in Koblenz gegeben, der glaubte, daß sich Bergdoll in der französischen Zone des besetzten Gebietes aufhalte.

Deutschland.

Im Steuerausschuß

wurde Montag zunächst über das Notopfersteuergesetz verhandelt. Ein Vertreter der Stadt Köln wünschte schnellste Erledigung, während ein Zentrumsabgeordneter Verschiebung forderte, es wurde dann weiter über die Steuerveranlagung zur Einkommensteuer verhandelt. Neue Gesichtspunkte traten nicht hervor, eine Einigung war jedoch nicht zu erzielen. Die Abstimmung wurde auf die heutige Sitzung verschoben.

Reichsminister Koch über die Aufgaben der Zukunft.

In Magdeburg sprach am Sonntag Reichsminister des Innern Koch über berufliche Fragen, wobei er u. a. darauf hinwies, daß es Aufgabe jeder Partei sein müsse, sich an der Regierung zu beteiligen. Es ist vor allen Dingen notwendig, Ordnung zu schaffen. Ohne dies gibt es keine Freiheit. Der Bolschewismus in Rußland ist nur die Fortsetzung der zaristischen Gewaltherrschaft. Die kommunistischen Ideen werden dabei das Beste mit zertrümmern, was die Arbeiterbewegung hervorgebracht hat, die Gewerkschaften. Jetzt werden die Verhältnisse etwas ruhiger. Wir kehren zur Ordnung zurück. Putschen wird energisch entgegengetreten werden. Es gilt, das Reich zu erhalten. Es ist erhebend, wie die Bevölkerung der besetzten Gebiete trotz aller Leiden ihre Nationalität wahrt. Eine nationale Propaganda im Rheinland wäre eine Beleidigung. Sie wäre nötiger in Berlin und in manchen anderen Orten. Für die Zukunft der besetzten Gebiete habe ich guten Mut. Mit dem, was die Franzosen dort treiben, gewinnt man kein reifes Volk. Nach einem warmen Appell für die oberschlesische Abstimmung führte der Redner aus, daß der Friedensvertrag abgeändert werden müsse. Wir müssen immer wieder den Ruf erheben, daß wir den uns aufgezwungenen Vertrag nicht halten können. Wir können es auch vor aller Welt sagen, als die einzig Schuldigen für den Ausbruch des Krieges hingestellt zu werden. Der Weg, den wir zu gehen haben, ist schwer. Rechts und links droht der Abgrund. Zum Besten Deutschlands können wir nur gehen den Weg der Mitte.

Aus Schloß Doorn.

Berlin, 1. Febr. Nach einer Mitteilung aus Schloß Doorn sind am 27. Januar durch die niederländische Postbehörde an den früheren Kaiser mehr als 8000 Telegramme und fast 19 000 Postsendungen bestellt worden. In Potsdam sind am 27. Januar mittags Nachrichten aus Schloß Doorn eingegangen, wonach das Befinden der Kaiserin keine wesentlichen Veränderungen zeigt und unverändert kritisch bleibt.

Merseburg und Umgegend.

1. Februar.

** Dienstauszeichnung. Dem ehemaligen Militärbäcker Gustav Brandin hier, wurde für 9-jährige aktive Dienstzeit die Dienstauszeichnung 3. Klasse zuerkannt.

** Einstellung der Schmalzverteilung. Da die Zwangsbewirtschaftung mit Schmalz im Dezember 1920 aufgehoben worden ist, hat die Stadt jetzt die Zuteilung von Schmalz an die Bevölkerung eingestellt. Die noch vorhandenen Vorräte sind den Kaufleuten überlassen worden, die es für 12,50 ℳ das Pfund abgeben.

** Für Kriegsgefangene. Die Bezirksgruppe der N. E. K. Merseburg erinnert nochmals die Kriegsgefangenen daran, daß es höchste Zeit ist, Anträge auf Zahlung der Gefangenenlöhnung zu stellen. Annahme durch die Ortsgruppen bis spätestens 5. Februar 1921. Nachzügler haben ihre Anträge selbst an den Kreisbüroausschuß des Kreises Merseburg zu stellen. Die Frist für Gestellung der Anträge ist abgelaufen am 28. Februar 1921, an welchem Tage dieselben vom Kreisbüroausschuß Merseburg beim Abwicklungsamt in Magdeburg des IV. Armee-Korps eingeliefert sein müssen.

** Postverkehr mit dem Auslande. Von jetzt an können Postpakete ohne Wertangabe und ohne Nachnahme bis 5 Kilogramm nach der Argentinischen Republik, Bolivien und Uruguay und bis 3 Kilogramm nach Paraguay zur Beförderung über Hamburg mit Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie und der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft angenommen werden. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten. — Die Ausfuhrerklärungen zu Paketen nach dem Ausland, die zur zollamtlichen Prüfung der Ausfuhrfähigkeit dienen, dürfen vom 1. Februar an nur noch auf einem Vordruck zur grünen Zollinhaltserklärung ausgestellt werden; sie sind nach wie vor am Kopfe mit „Ausfuhrerklärung (Für Zwecke der deutschen Zollverwaltung)" zu bezeichnen. Die Verwendung von statistischen Anmeldescheinen zu dem genannten Zweck ist vom gleichen Zeitpunkt an nicht mehr zulässig. — Nach Persien sind wie nach anderen Ländern Warenprobensendungen zugelassen, wenn sie den Bestimmungen des Weltpostvertrags entsprechen, wonach u. a. der Inhalt keinen Handelswert haben und nicht aus zollpflichtigen Gegenständen bestehen darf. Darüber hinaus hat sich die persische Postverwaltung bereit erklärt, auch Warenprobensendungen, die keine Handelsware in kleinen Mengen enthalten, zuzulassen, wenn der Inhalt zum persönlichen Gebrauch des Empfängers bestimmt ist. Die Anwendung der Vergünstigung ist aber ausgeschlossen, wenn der Empfänger Handelstreibender ist.

** Das Lehrlingswesen im Gärtnerberuf ist in Preußen dadurch geregelt worden, daß die Landwirtschaftskammern gehalten sind, nach bestimmten, vom Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten aufgestellten Grundsätzen, die praktische Prüfung von Gärtnerlehrlingen, die Anerkennung von gärtnerischen Lehrwirtschaften und die Vermittlung von Lehrstellen in anerkannten Landwirtschaften vorzunehmen. Die nächste Prüfung von jungen Gärtnern in der Provinz Sachsen findet in der Zeit von Mitte Februar bis Ende März 1921 statt. Zugelassen werden alle Lehrlinge und jungen Gehilfen, die bis zum 1. April d. J. eine mindestens dreijährige Lehrzeit in einer in der Provinz Sachsen gelegenen Gärtnerei durchmacht haben. Die Anmeldung für die Prüfung hat durch den Lehrherrn zu erfolgen und ist bis spätestens Ende Januar bei der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle a. S., von welcher alle weiteren Auskünfte in dieser Angelegenheit erteilt werden, zu bewirken.

** Tivoli-Theater. Wie bereits mitgeteilt, gelangt am Donnerstag den 3. Februar „Fräulein Puck", Operette von Franz Arnold und Ernst Bach, Musik von Walter Kollo, zur Aufführung. „Fräulein Puck" ist eine Operette, die wie ein Lichtschein in das trübe finstere Nachkriegsleben hineinfunkelt. Vom Verfasser Prut haben die Verfasser den „Sommernachtstraum" nur für den ersten Akt entlehnt, um durch eine diese Luftspiel Shakespeares kurbelnde Filmgesellschaft die Handlung in Fluß zu bringen und um Susi Brandt, die Puckdarstellerin, ihrem früheren Anbeter Heinz wieder in die Hände zu spielen. Durch eine auf sofortige Scheidung berechnete Erzaßheirat mit Baron Waldt, dem treuen Freunde, mit dem man alles machen kann", muß Frl. Puck schnell in den Adelsstand erhoben werden, um bedeutsam den Augen der feudalen Verwandtschaft ihres Heinz für diesen heiratswürdig zu werden. So lebt man als „Dreieck" in einem Seebad gar lustig und froh. „Doch dreie nur, fehlt eins noch hier; zwei von jeder Art macht vier", und schon stellte sich die hübsche Konsulswitwe Thea Rieth ein, in der überraschendverweise der Schmetterling Heinz sein einzig wahres Lebensglück erkennt. Die verletzte kleine Susi muß Frau Varonin Waldt bleiben, bis auch die Herzen dieses durch eine „Heirat wider Willen" vereinten Pärchens sich finden. Walter Kollos Partitur mit virtuos durchkomponierten Ariffschlüssen und schmissigen Nummern ist besser als allgemeine Operettenmusik. Es steht eine erstklassige Vorstellung bevor. Der Besuch kann wärmstens empfohlen werden. Vorverkauf im Tivoli.

** Eine Wohltätigkeits-Theater-Vorstellung wird am Mittwoch, den 2. Februar 1921, abends 7½ Uhr im „Casino" vom Bund der Auslandsdeutschen, Ortsgruppe Merseburg, veranstaltet. Zur Aufführung gelangt die dieratige Komödie „Kameraden" von A. Strindberg unter Mitwirkung der Merseburger Kleinkunstbühne und Mitgliedern des Hallescher Stadttheaters. Der Vorverkauf der Einlaßkarten ist im Zigarrengeschäft Fuchs, Kleine Ritterstr. 16. Die Vorstellung wird zugunsten hilfsbedürftiger Mitglieder der Ortsgruppe gegeben. Jeder Besucher trägt also dazu bei, die Not der mittellos in ihre Heimat zurückgekehrten Auslandsdeutschen zu mildern.

** Wählerversammlung. Laut Anzeige in der heutigen Zeitung veranstaltet der Deutschnationale Wahlausschuß am Donnerstag dieser Woche eine öffentliche Wählerversammlung in „Müllers Hotel" am Bahnhof. Näheres geht aus der Anzeige hervor.

** Beamtenhochschulkurse. Am kommenden Donnerstag muß die Vorlesung über Gesellschafts- und Staatsauffassungen — Kursus 4 — wegen Verhinderung des Dozenten ausfallen. Die nächste Vorlesung des Kursus 4 findet daher am 17. Februar statt. Die ausgefallene Vorlesung wird nachgeholt. Mitteilung hierüber erfolgt noch. Näheres noch im Anzeigenteile dieser Zeitung.

** Der Chronist von Merseburg. Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung ist Stück 7 der heimatlichen Beilage „Der Chronist von Merseburg" beigegeben. Infolge der Verschiebung des allmählichen Unterhaltungsblattes auf den gestrigen Tag kann diese Nummerausgabe des „Chronisten" erst der heutigen Nummer beigelegt werden. Die Nummer enthält außer der 2. Fortsetzung der allseitig begrüßten „Beschreibung des Hochstifts Merseburg" von Dr. A. Schmekel noch eine Anzahl anderer interessanter Aufsätze. Des geschlossenen Eindrucks wegen wird die Nummerierung der Ausgaben und Seiten durch den Jahreswechsel unberührt und ohne fortlaufende bleiben. Wer sich den „Chronist" säuberlich aufhebt, wird sich ein interessantes Familienbuch sichern.

*

Der „Wertätige Schutzverband, Bürger- und Handwerkervereinigung E. V."

hielt gestern abend 7½ Uhr im „Schützenhaus" eine Versammlung ab, die nur sehr schwach besucht war. Zuerst hielt Herr E. Müller seinen Vortrag über die neue Reichseinkommensteuer. Die etwas erstaunt Interesse wenn über ungeheuren Höhe gegenüber den früheren Steuern. Zweitens deshalb, weil künftighin jedermann zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sei. Das zu versteuernde Einkommen werde aus Einnahmen und Ausgaben berechnet. Zu den Einnahmen gehören der erzielte Preis für Waren und der Verbrauch im eigenen Haushalt.

Zu den Ausgaben gehören: Aufwendungen zur Sicherung und Erhaltung des Einkommens (Kosten der Erhaltung und Ergänzung des Betriebes, Versicherung, Nach- und Mietzins für die Geschäftsräume, wenn sie nicht Eigentum sind, Kosten für Heizung, Zinsen von Geschäftsschulden, Krankenkassenbeiträge, Gehalt und Löhnung der Angestellten. Das Arbeitseinkommen der eigenen Kinder kann abgezogen werden, sobald ein Arbeitsvertrag besteht. Steuerersparnis halber sollte das Einkommen der Kinder nicht dem des Vaters zugerechnet, sondern für sich versteuert werden. Wenn die Ehefrau im Betriebe beschäftigt ist, können die Mehraufwendungen für Dienstmädchen abgezogen werden. Die Steuern können in Abzug gebracht werden: Gewerbe- und Betriebssteuer, Grund- und Gebäude-, Umsatz-, Luxus-, Tabak-, Stempel- und Hundesteuer und die Kapitalertragssteuer. Außerdem sind Abschreibungen für Verminderung vom gewerblichen Betriebsinventar in Höhe von mindestens 3 Prozent gerechtfertigt. Dieser Abzug ist jedoch nur bei ordnungsmäßiger Buchführung gestattet. Die Kosten für Berufskleidung, die Fahrkosten und durch Diebstähle verursachte Ausfälle und eine Mitgliedsgemeinschaft können ebenfalls abgezogen werden. Die Steuerveranlagung erfolgt für ein Jahr (früher für drei Jahre). Das Einkommen desjenigen, der keine Buchführung hat, wird geschätzt. Es besteht kein Recht des Einspruchs oder der Klage gegen die Schätzung, da der Gegenbeweis nicht angetreten werden kann. Die Steuerentrichtung erfolgt in vier Raten und geht beim Wegfall des Einkommens innerhalb des Geschäftsjahres unverzüglich weiter, da das Einkommen im Vorjahre besteuert wird. Für Arbeiter, Angestellte und Beamte sorge der Staat, doch den Gewerbetreibenden, der nicht nur einfache Arbeit wie diese, sondern Kopf- und Handarbeit verrichte, behandele er durch ungerechte Steuergesetze als Sklaffind. Deshalb sei ein restloser Zusammenschluß des wertätigen Mittelstandes nötig, nur so lasse sich Einfluß auf die Steuergesetzgebung ausüben.

Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es wurden noch mehrere Anfragen an den Redner gerichtet, die er beantwortete. Darauf führte der Vorsitzende des „Wertätigen Schutzverbandes" den neuen Syndikus des Verbandes, Dr. Schumacher, ein, der über das Thema sprach: „Wie stellt sich Handwerk und Gewerbe zur heutigen Wirtschaft?" Er ging von dem Gedanken des bauernden Fliehens und Veränderns der Wirtschaft aus. Wir hätten eine Zeit der Freiheit hinter uns und gingen dem gebundenen Wirtschaft entgegen, in der der einzelne nur als Glied des Ganzen Wert käme. Darauf gab der Redner einen kurzen geschichtlichen Überblick über den Stand des Handwerks vor, während und nach dem Kriege. Vor dem Kriege entstand mit dem Aufschwung der Technik ein neues tüchtiges Handwerk. Der Krieg und die Nachkriegszeit forderten seinen straffen Zusammenschluß. Die Sozialisierungs-, offenen und versteckten Kommunalisierungsbestrebungen gefährden die Existenz des Handwerks, das deshalb der Feind dieser Gedanken sein müsse. Auch diese Bestrebungen führten wieder die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation in zweifacher Hinsicht: fachlicher und berufsständischer Zusammenschluß aller Handwerker. — Auch dieser Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Zum Schluß hob der Vorsitzende des „Wertätigen Schutzverbandes" die Grundgedanken aus beiden Vorträgen heraus und forderte zum Kampf für die Erhaltung und Selbständigkeit des Handwerks auf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210201-19/fragment/page=0002

Vortragsabend über Brasilien.

Im Schloßgartensalon sprach gestern abend im Auftrage des Vaterländischen Frauenvereins Geh. Rat Professor D. Dr. Ficker über eine Reise nach Brasilien, die er vor dem Kriege dorthin unternommen hat. Gleich im Voraus sei bemerkt, daß es der Vortragende verstand, in äußerst fesselnder Weise seine zahlreichen Zuhörer mit dem Lande und seinen Bewohnern bekannt zu machen, so daß es ein hoher Genuß war, seinen klaren Ausführungen, die von tiefer Liebe zum Deutschtum und zur Natur getragen und mit feinem Humor gewürzt waren, zu folgen. Dem Vortrag sei kurz entnommen. In Brasilien sind vier Zonen zu unterscheiden, die des Kautschuks, der subtropischen Gewächse (Tabak, Baumwolle, Kakao), des Kaffees (denn Brasilien ist das eigentliche Kaffeeland, noch mehr als Sachsen!), endlich die 4. Zone, in der Ackerbau und Viehzucht getrieben wird. Anpflanzung des Kaffees und Handel damit bildet das wirtschaftliche Rückgrat des Landes; erzeugt doch Brasilien 4/5 des Kaffeebedarfs der ganzen Welt. Die 4. Zone, im Süden des Landes, ist es, in der die meisten Deutschen wohnen. Ganze Städte und Dörfer haben diese hier gegründet, wo an die 400 000 Deutsche sich niedergelassen haben. Im Laufe der Jahre haben sie dazu beigetragen, den englischen Handel mit Brasilien weit zu überflügeln; kein Wunder, daß England uns so haßte und den Krieg herbeisehnte. Als während des Krieges Brasilien von dem Handel mit Deutschland abgeschnitten wurde, ist das Land wirtschaftlich selbständig geworden; besonders hat man angefangen, seinen Kohlen-, Eisen- und Holzreichtum auszubeuten. Einen hohen Reiz gewährt die Reise nach dem herrlichen Lande. Sie geht von Hamburg aus und dauert 17 Tage. Schon der Aufenthalt in Lissabon, wo zuerst Halt gemacht wird, um die Post aufzunehmen, bietet viel Sehenswertes. Das Schiff läuft ein im Hafen von Rio de Janeiro, einer Seestadt, die von einer Reihe von verschieden gestalteten Bergkegeln umschlossen wird. Unter den Gebäuden der Stadt ist zu nennen ein Palast der ärztlichen Wissenschaft, welcher der Bekämpfung des gelben Fiebers dient. Diese Krankheit, die im Laufe eines Jahres Tausende von Menschen dahinraffte, wird durch eine Stechmücke hervorgerufen. Eifrigem Forschen und äußerst strengen Maßnahmen ist es zu verdanken, daß diese gefährliche Krankheit so abgenommen hat, daß seit 1908 kein gelbes Fieber mehr in der Stadt aufgetreten ist. Das Straßenbild erhält durch Neger ein besonderes Gepräge, ist im übrigen ganz großstädtisch. Zu bewundern sind die großartigen Leistungen der Europäer, nicht zuletzt der Deutschen. Den wirtschaftlichen und geistigen Mittelpunkt bildet die Stadt San Paulo. Bemerkenswert ist hier das Schlangeninstitut, dessen Aufgabe die Bekämpfung der in Brasilien so zahlreich auftretenden Schlangen und die Gewinnung eines Heilserums ist. Lehrreich ist auch die Besichtigung der Kaffeefarmen. — Die Deutschen sind in Brasilien sehr geachtet; deutsche Kaufleute, Ingenieure und Gelehrte erfreuen sich eines guten Rufs. Nötig ist, daß die Deutschen ihr Volkstum mehr als bisher höher achten, daß aber auch das Heimatland ihnen durch Unterstützung der Zeitungen, Schulen und Kirchen den Anschluß erleichtert. Mit hoffnungsvollem Ausblick in die Zukunft schloß der Vortragende seine packenden Ausführungen, die durch zahlreiche Lichtbilder noch mehr belebt wurden.

*

Der Verein der Rentner für Merseburg und Umgegend

tagte am Montag nachmittag im Ratskeller unter seinem Vorsitzenden, Rentner Brühus, der die zahlreich erschienenen Mitglieder herzlich begrüßte und zunächst bekanntgab, daß der Verein polizeilich angemeldet und für denselben bei der städtischen Sparkasse ein Girokonto eingerichtet worden ist. Zur Tagesordnung übergehend, erstattete derselbe zu Punkt 1 einen Bericht über die Tätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre, dem er einen kurzen Rückblick auf die ganze Bewegung in deutschen Rentnerkreisen, die schließlich zur Gründung des Deutschen Rentnerbundes mit dem Sitz in Hannover führte, vorausschickte. In Merseburg fand im August v. J. die erste Rentnerversammlung statt, der am 20. September der Zusammenschluß von 50 hiesigen Rentnern folgte, die an demselben Tage ihren Vorstand wählten und sich als Verein konstituierten. Am 17. Dezember v. Js. richtete der Vorstand eine Eingabe an den Magistrat, in der die Not der Kleinrentner geschildert und um möglichste Berücksichtigung derselben gebeten wurde. Der Magistrat hat daraufhin das hiesige Wohlfahrtsamt ermächtigt, entsprechende Wünsche und Vorschläge des Rentnervereins entgegenzunehmen. In erster Linie hat der Vorstand einen Vertreter in der Steuerkommission unserer Stadt für erforderlich gehalten, um die Interessen der Kleinrentner bei der Steuerveranlagung wahrnehmen zu können. Mehrere vom Vorsitzenden abgehaltene Werbeversammlungen haben dem Verein 75 Rentner aus Ortschaften des Kreises zugeführt, so daß derselbe jetzt über 200 Mitglieder zählt. Seitens des Rentnerbundes sind auch die Fraktionen des Deutschen Reichstages auf die Notlage der Kleinrentner aufmerksam gemacht und ist ihm von der äußersten Rechten bis zu den Mehrheitssozialisten bereitwillige Unterstützung zugesagt worden. Am 25. Oktober v. J. erfolgte in Halle die Gründung eines Provinzialverbandes der Kleinrentner, dessen Vorsitzender Herr Somburg ist, der eine rege Tätigkeit entfaltet. Gewisse Bestrebungen des Vorstandes, den Mitgliedern auf wirtschaftlichem Gebiete einige Vorteile zu verschaffen, haben bis jetzt bei hiesigen Geschäften keinen Erfolg gehabt. Trotzdem sollen dahingehende Versuche fortgesetzt werden. Zu Punkt 2 erstattete Kassierer Ritter den Kassenbericht. Derselbe verzeichnet eine Einnahme von 890,80 M, eine Ausgabe von 516,10 M und einen Bestand von 374,70 M. Dieser günstige Abschluß hat seine Ursache in der nur halbjährigen Vereinstätigkeit, wodurch die Ausgaben wesentlich geringer erscheinen. Der Vorsitzende dankte dem Kassierer für seine Mühewaltung und schlug zu Revisoren der Kasse die Rentner G. Lange, Franz Vogel und Frl. Simon vor. Dieselben nahmen die Wahl an. Punkt 3 betraf eine Änderung der Satzungen des Vereins. Nach dem jetzigen Wortlaut derselben ist zu jeder Änderung die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder erforderlich. Da dies bei der großen Zahl auswärtiger, dem Verein angehörender Rentner wahrscheinlich niemals zu erreichen sein wird, schlägt der Vorstand für eventuelle Satzungsänderungen vor, solche nur durch einfache Stimmenmehrheit der Versammlung beschließen zu können. Der Vorschlag wird angenommen. Zu Punkt 4 macht der Vorsitzende verschiedene Mitteilungen über Hilfe bei der Steuerveranlagung, die Zuweisung von amerikanischer kondensierter Milch usw. Eine Kommission, bestehend aus den Rentnern Stadtältester Barth, Franz Vogel, Frl. Kops und Frl. Wolf, soll den Vorstand bei der Verteilung letzterer unterstützen. Anmeldungen nimmt der Vorsitzende entgegen. Vom Reichsfinanzminister ist neuerdings im Reichstage eine Novelle zum Einkommensteuergesetz eingebracht, die einige Erleichterungen in Steuersachen enthält und hoffentlich Annahme findet. Zur Unterstützung dieser ministeriellen Bestrebungen legte der Vorsitzende der Versammlung folgende Resolution vor:

Die mehrere hundert Mitglieder zählende Ortsgruppe Merseburg und Umgegend des Deutschen Rentnerbundes hat in ihrer am 31. Januar d. Js. abgehaltenen Hauptversammlung mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß der Herr Reichsfinanzminister Dr. Wirth am 18. Dezember v. J. im Reichstage erklärte, er habe die Not der kleinen Rentner anerkannt und er werde für Schonung der Kleinrentner auf steuerlichem Gebiete eintreten. Im Anschluß hieran hat die Hauptversammlung folgende Erklärung einstimmig angenommen: In der betreffenden Reichstagssitzung ist anscheinend nicht angegeben worden, welche Rentner als Kleinrentner zu bezeichnen sind. Dies ist aber eine unbedingte Notwendigkeit. Der Begriff Kleinrentner ist nicht durch ein bestimmtes Einkommen gegeben, denn für die Feststellung dieses Begriffs ist nicht allein die Höhe des Einkommens, sondern auch die Zahl der Personen, die von diesem Einkommen leben sollen, maßgebend. Als Kleinrentner sind alle Rentner und Rentnerinnen zu erklären, die weniger Einkommen haben, als das Existenzminimum für die Zahl der Personen beträgt, die sie unterhalten müssen. Als Existenzminimum für die Einzelperson des Rentnerstandes hat die Reichsregierung und der Reichstag mindestens das Einkommen anzunehmen, das jugendliche Arbeiter erhalten. Von diesem Existenzminimum der Einzelpersonen des Rentnerstandes beträgt das Existenzminimum einer Rentnerfamilie von zwei Personen 150 Prozent und steigt mit jeder weiteren Person um 50 Prozent, nach welchem Grundsatze auch die vom Herrn Reichsfinanzminister versprochene Schonung der Kleinrentner zu staffeln ist. Fast alle Rentner sind Veteranen der Arbeit und nicht mehr erwerbsfähig. Deren Notlage ist entsetzlich und sollten ihnen deshalb die Erleichterungen, über welche der Reichstag beschließen wird, vom 1. Januar 1921 ab zugestanden werden.

Mit der Absendung dieser Resolution an den Reichsfinanzminister erklärte sich die Versammlung einverstanden. Daß die Grenze für den Erlaß der Kapitalertragssteuer heraufgesetzt werde, sei ebenfalls notwendig. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende noch, daß für den Verein auch eine Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung erwünscht sei. Die hier in Aussicht stehende Etablierung einer Reichsbanknebenstelle werde den Rentnern manche Vorteile bieten. Mit einer Werbung für das Verbandsorgan „Der Rentner" wurde die Versammlung geschlossen.

Kreistag am 7. Februar.

Vom Vorsitzenden des Kreisausschusses, dem vertretungführenden Kreisdeputierten Kürsten, sind die Kreistagsabgeordneten zu einem Kreistage am Montag den 7. Februar, vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaale des Kreishauses in Merseburg eingeladen worden. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildet der Antrag der Stadt Merseburg auf Ausscheiden aus dem Kreise Merseburg, über den wir schon berichtet haben. Des weiteren steht zur Beschlußfassung: Wahl der Amtsvorsteher für die Amtsbezirke Groß-Gräfendorf und Großgörschen, Wahl eines Schiedsmann-Stellvertreters für Benndorf, Unterhaltung der Fahrbahn über die Saalebrücke bei Dürrenberg, Erhöhung der Entschädigung des Kreissyndikus von 4000 auf 8000 M, sowie Anstellung der Oberbeamten des Kreises auf Lebenszeit mit Ruhegehaltsberechtigung.

*

Der Steuerabzug vom Lohn der Dienstmädchen.

Die Klarheit in Steuerfragen ist nicht allzu groß. Die vielerlei Erläuterungen und Änderungen, die in letzter Zeit in Steuerfragen erlassen worden sind, haben die Sache nur noch schwieriger gemacht. So stehen, wie aus mannigfachen Anfragen aus unserem Leserkreise hervorgeht, viele Hausfrauen und Dienstherrschaften der Frage ratlos gegenüber, wieviel Steuern einem Dienstmädchen jeden Monat bei der Lohnzahlung zu kürzen sind. In Leipzig ist die Antwort auf folgende recht einfache Formel gebracht worden:

10 Prozent des monatlichen Barlohns und bei Dienstmädchen, die das 17. Lebensjahr bereits vollendet haben, außerdem noch 5 M 50 ₰. Der Steuerbetrag ist jedoch auf volle Mark nach unten abzurunden. Zu beachten ist nur, daß hier als Barlohn nicht der vertragsmäßige Monatslohn gilt, sondern der Betrag, den das Dienstmädchen nach Abzug der ihm zu kürzenden Krankenkassen- und Invalidenversicherungsbeiträge zu erhalten hat.

Die vorstehende Antwort ergibt sich aus folgendem: Bei der Berechnung des Steuerabzugs ist dem Monatslohn der Wert der freien Wohnung und Verpflegung zuzurechnen, und zwar in Leipzig bei Dienstmädchen unter 17 Jahren mit dem Betrage von 125 M, bei älteren Dienstmädchen mit 180 M. Von der Summe sind die Versicherungsbeiträge zu kürzen, die vom Lohn abgezogen werden, und weitere 125 M als sogenanntes Existenzminimum. Von dem Rest ist ein Zehntel, auf volle Mark nach unten abgerundet, als Steuer einzubehalten. Also sind z. B. als Steuer einzubehalten: einem Dienstmädchen unter 17 Jahren, wenn der Monatslohn 70 M beträgt und der Dienstherr die Versicherungsbeiträge nicht vom Lohn kürzt, 7 M; wenn der Lohn um 11 M 36 ₰ Versicherungsbeiträge gekürzt, also nur mit 58 M 64 ₰ ausgezahlt wird, 5 M Steuer. Einem älteren Dienstmädchen sind einzubehalten, wenn ihm die Versicherungsbeiträge nicht abgezogen werden: bei 70 M Monatslohn 7 M + 5 M 50 ₰ = (abgerundet) 12 M, bei 80 M Lohn 8 M + 5 M 50 ₰ = (abgerundet) 13 M. Sind vom Monatslohn 13 M 28 ₰ Versicherungsbeiträge gekürzt worden, bei 70 M Lohn also 56 M 72 ₰ und bei 80 M Lohn 66 M 72 ₰ auszuzahlen, so sind als Steuer einzubehalten 5 M 67 ₰ + 5 M 50 ₰ = rund 11 M oder 6 M 67 ₰ + 5 M 50 ₰ = rund 12 M. Diese Ausführungen gelten auch in bezug auf andere weibliche Dienstboten, sofern sie nicht eine besondere gehobene Stellung einnehmen.

*

Wetterwarte.

V. W. am 2. 2. (Mittwoch): Ziemlich trübe, Temperatur wenig verändert, zeitweise Niederschläge. — 3. 2. (Donnerstag): Wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, etwas kälter, Niederschläge abnehmend bezw. aufheiternd.

---

§ **Leunawerke**, 1. Febr. Sehr unzufrieden waren die Besucher des für verflossenen Sonntag im Theatersaale der Kantine II arrangierten Operettenabends durch das Ensemble des Herrn Rudolf vom Stadttheater Jena. Durch den ohnedies schon sehr hohen Eintrittspreis hatte sich ein sehr großer Teil der üblichen Besucher zurückgehalten und können sich dieselben ruhig damit zufrieden geben, wenn ihnen hiermit versichert wird, nichts Interessantes versäumt zu haben. Das wenige, was geboten wurde, konnte keinenfalls ansprechen, denn Duette aus Czardasfürstin usw. sind gewiß nichts Neues. Wenn dies für die Folge nicht besser wird, so wird sich die Gesellschaft fernerhin keines allzugroßen Zuspruches mehr zu erfreuen haben. M.

ss. **Zscherben**, 1. Febr. Um der Verwechslung gleichnamiger Ortschaften vorzubeugen, bedient man sich verschiedener Zusätze. Man unterscheidet Frankfurt a. M. und Frankfurt a. O., Freiburg im Breisgau und Freiburg an der Unstrut, Delitz am Berge und Delitz an der Saale, Groß- und Klein-Gräfendorf, Ober- und Unter-Beuna und endlich auch Zscherben (Kreis Merseburg) und Zscherben (Saalkreis). Da aber die Provinz Sachsen mit ihrer Einteilung in landrätliche Kreise nicht viel älter als hundert Jahr ist, so wäre es doch verwunderlich, wenn vor der Unterscheidung der beiden unweit von einander belegenen Dörfer Zscherben nach Kreisen es nicht schon eine andre Kennzeichnung nach ihrer natürlichen Lage gegeben haben sollte. Nun nennt zwar Dr. Siegmar Schulze-Galléra in seinen „Wanderungen durch den Saalkreis" I, 120 das Dorf Zscherben an der Bahn Halle—Kassel „Zscherben am Teiche" und behauptet sogar, daß dorthin die Leiche des ersten Magdeburger Erzbischofs Adelbert gebracht worden wäre; aber das ist offenbar eine Verwechselung mit unserm Zscherben „am Gotthardsteiche", wo der geistliche Würdenträger auf der Reise von Korbetha nach Frankleben am 21. Mai 981 von einem Schlaganfall betroffen wurde. Vielleicht ist jemand aus dem Leserkreise imstande, bestätigen zu können, ob unser Zscherben bei Merseburg einst die Nebenbezeichnung „am Teiche" geführt hat.

g. **Wesenitz**, 1. Febr. Die Weiße Elster ist seit Freitag noch weiter gestiegen, so daß die Ausuferung allgemein geworden ist und eine Überflutung der Wiesenflächen im Überschwemmungsgebiete eingetreten ist. Seit gestern wird nun weiteres Steigen des Wassers beobachtet, so daß das Hochwasser nur eine mittlere Größe erlangt hat. Besondere Hochwasserschäden sind daher vorläufig nicht zu befürchten.

g. **Burgliebenau**, 1. Febr. Trotz mehrfacher Warnungen versuchte am Sonnabend ein Radfahrer die große Durchlaßmulde am sogenannten Kanonenloche auf dem Fürstendamme mit seinem Rade zu durchqueren. Das Rad kippte und der Fahrer stürzte kopfüber in das ziemlich tiefe Wasser. Nur mit Mühe gelang es dem Gestürzten, sich und seine Maschine an das jenseitige Ufer zu retten; doch dürfte das kalte Wasserbad jetzt nicht ohne nachteilige Folgen auf die Gesundheit des Wagehalsigen eingewirkt haben, derselbe aber auch um eine Erfahrung reicher geworden sein.

§ **Schkeuditz**, 1. Febr. Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag abend dauerte von 6 bis ½10 Uhr. Zum Eingang brachte der Vorsteher den nachträglichen Glückwunsch zum neuen Jahre und den Jahresbericht über das verflossene Jahr. Darauf wurden die Kommissionswahlen, die Wahlen zum Mieteinigungsamt, der Bericht über die Revision der Stadthaupt- und der Sparkasse und die Wahlen zur Prüfung der Rechnung der Elektrizitätskasse erledigt. — Die Anerkennungsgebühr an den Eisenbahnfiskus für Durchführung einer Tonrohrschleuse durch den Bahnkörper wurde von 2 auf 10 M erhöht. — Es wurde beschlossen, die Zimmer 3 und 4 des Rathauses der Ortskrankenkasse zu überlassen. Die Festsetzung des Mietspreises wurde ausgesetzt. — Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, für die Benutzung der Turnhalle des „Turnerbundes Vater Jahn" statt bisher 200 1000 M zu zahlen. — Für die Einrichtung dreier Brennstellen in der Dölziger Straße werden 10 000 M bewilligt, für Ankauf von Holz zum Häuserbau 143 000 M. — Für die Herstellung der inneren Umfriedigung der Schrebergärten wurden 38 000 M bewilligt. — Die Versammlung erklärte sich mit dem Beschluß des Sparkassendirektoriums einverstanden, den Zinsfuß ab 1. Januar 1921 für Tilgungsdarlehen auf 4½ Prozent, für schwebende Schuld auf 5 Prozent heraufzusetzen. — Darauf wurde Kenntnis von der Pensionsregelung des Bürgermeisters a. D. Schmidt genommen und von dessen Erklärung, die Geschäfte der Stadt einstweilen kommissarisch weiterzuführen. — Zum Schluß wurden noch einige Fragen erörtert, die nicht zur Tagesordnung gehörten.

Turnen — Spiel — Sport.

B.-V. Germania.

Germania I erhielt die Punkte kampflos, da der Gegner, Männer-Turnverein Könnern, nicht antrat. — Germania III weilte in Lauchstedt und konnte gegen V. f. B. I einen knappen Sieg von 3 : 2 mit nach Hause bringen. Halbzeit führte V. f. B. mit 2 : 1, doch dann holte Germania innerhalb 10 Minuten 2 Tore heraus. — Auch die kleinsten Germanen machten den blau-weißen Farben Ehre, denn sie konnten gegen die Knabenmannschaft des V. f. B.-Lauchstedt einen glatten Sieg von 5 : 0 herausholen. Halbzeit 2 : 0.

Turn- und Sportverein Neurössen I—Turnverein Giebichenstein 2 : 3.

Eine ehrenvolle Niederlage. Die Rössener Mannschaft war sich von vornherein bewußt, daß sie einem der spielstärksten Gegner der 2. Klasse gegenübertraten. Man sah infolgedessen einen abwechselungsreichen Kampf, welcher sehr fair durchgeführt wurde. Die Elf von Giebichenstein hatte das bessere Zusammenspiel und dadurch konnte sie den Sieg verdient erringen. Rössens Verteidigung zeigte sich im besten Lichte, besonders der Torwart war gut. Der Rössener Sturm krankte wiederum daran, daß er sich nicht erfolgreich genug durchzusetzen verstand. Der Spielverlauf brachte in der ersten Hälfte ein offenes, verteiltes Spiel, bei dem sich auf beiden Seiten Gelegenheiten zu Erfolgen boten, die aber nur einmal ausgenutzt wurden. Halbzeit 1 : 1. Nach Seitenwechsel bange Minuten für Rössen, in welchen die Verteidigung glänzend arbeitete. Giebichenstein buchte in der zweiten Spielhälfte noch zwei Erfolge, denen Rössen nur einen Treffer entgegensetzen konnte. Der Schiedsrichter (96) hatte das Spiel gut in der Hand. — Die II. Mannschaft, welche der II. Mannschaft des Tv. Giebichenstein gegenüberstand, konnte bei offenem Spiel ein unentschiedenes Ergebnis herausholen. Ein Elfmeter auf beiden Seiten wurde verschossen. Mit 3 : 3 trennten sich die Parteien. — Auf dem Rössener Sportplatze hatte die neu zusammengestellte Knabenmannschaft die II. Knabenmannschaft des V. f. L.-Merseburg zu Gaste. Sie konnten für Rössens Farben mit 1 : 0 siegreich sein.

*

Sind Steuererhebungen bei sportlichen Veranstaltungen sportfördernd?

Aus Sportkreisen wird uns geschrieben:

Es ist beschämend für den Kulturstand unserer Behörden, mit welcher Verständnislosigkeit dem Wert des Volkssportes gegenübergetreten wird. Nicht nur, daß die betreffenden Vereine für Unterstützung ihrer Ziele, die doch zur Gesundung unseres Volkes von ungeheurer Wichtigkeit sind, bei den meisten Behörden überhaupt kein Verständnis finden, werden diese Vereine noch als Steuerquelle zur Füllung des Stadtsäckels benutzt. Dadurch gehen den Vereinen aber ungeheure Summen verloren, die anderseits im Interesse der Körperpflege viel nützlicher verwendet werden können. Es bleibt dahingestellt, ob mit der Besteuerung dieser Veranstaltungen das richtige getroffen wurde. Gewiß fließen dem Steuersäckel dadurch ganz ansehnliche Summen zu, die aber bei richtiger Erkennung der Sachlage in ein Nichts zusammenschmelzen. Denn ob es nützlicher ist, der Stadt auf Kosten der Gesundung unseres Volkes, hauptsächlich aber auf Kosten der Gesundung unserer Jugend, neue Einnahmequellen zu verschaffen, wird die Zukunft lehren, vielleicht deutlicher, als es manchem Stadtvater, der sich verleiten ließ, diesem Beschlusse zuzustimmen, lieb ist. Es ist nicht nur, daß den einzelnen Vereinen das Geld fehlt, nein, durch diese Tatsache wird die Arbeitslust der einzelnen Vereinsvertreter, die es sich angelegen sein ließen, die kommende Generation in der Kunst der Körperpflege zu zu unterrichten, systematisch untergraben, denn wer hat noch Lust und Liebe zu einer Sache, die sich nicht — trotz der Wichtigkeit, die schon von vielen hohen und höchsten Persönlichkeiten anerkannt worden ist — bis zum Verständnis der Stadtväter seiner Vaterstadt hindurchringen kann? Ob nun der Nutzen wirklich so groß ist, den die Stadt durch diesen schwerwiegenden Beschluß sich zu verschaffen wußte, glaube ich nicht, denn es liegt doch klar auf der Hand, daß der Verein, der das Geld, das er abführen muß, so bitter nötig braucht, sich unbedingt an die Stadt um Unterstützung wenden muß, will er überhaupt noch weiterbestehen und seine Ziele nicht gänzlich aufgeben. Es wäre ja ganz gut und schön und die Vereine würden sich den Steuerhebel auch ruhig weiter ansetzen lassen, wenn dann wenigstens auch die Stadt die nötige Einsicht zur Anlegung von entsprechenden Sportplätzen hätte. Denn was eine solche Anlage einem Verein kostet, davon scheint keiner der Herren Stadtväter eine Ahnung zu haben, auch nicht, daß die Instandhaltung ungeheure Kosten verschlingt, abgesehen von den anderen Kosten, die die Unterhaltung eines Sportvereins verursachen, sonst hätte ein solcher Beschluß nie zustandekommen können. Will jedenfalls auch das Merseburger Stadtparlament für sich in Anspruch nehmen, an der Gesundung unseres Volkes mitgearbeitet zu haben, ist es höchste Zeit, diesen Beschluß wieder aufzuheben. Die Stadt Halle scheint auch ohne die erhebliche Schädigung der Vereine zu bestehen und zwar so gut, daß sie jetzt beabsichtigt, an den Bau eines Stadions in Höhe von 1,1 Millionen Mark zu gehen; oder sind etwa dort die Stadtväter weitsichtiger als in Merseburg?

O. H.

Handel — Verkehr — Industrie.

Wirtschaftspolitischer Rückblick.

Die vor kurzem vom Reichsarbeitsminister veröffentlichte Erwerbslosenstatistik zeigt ein erhebliches Anschwellen der Zahl der unterstützten Erwerbslosen. Kein Zweifel, daß wir trotz des herannahenden Frühjahrs einer bedenklichen Verschlechterung des Arbeitsmarkts entgegengehen. Die große Weltmarktkrise hat das Steigen der deutschen Valuta zustande gebracht, indem sie den Dollarkurs herab- und den Markkurs hinaufschnellen ließ. Die Beteiligung der Spekulation führt freilich dazu, daß diese Entwickelung nicht geradlinig erfolgt, sondern in Absätzen, zwischen denen ziemlich heftige Rückschläge sich einschieben. Im ganzen ist jedoch eine erhebliche Verbesserung der Markvaluta im Verhältnis zum Dollar festzustellen. Man kann heute an der Berliner Börse den Dollar für 54 bis 55 M kaufen, während er noch Anfang Januar mit 73 M bewertet wurde. Weltmarktkrise und gestiegener Markkurs wirken nun in gleicher Richtung kräftig zusammen. Auf der einen Seite wird die Einfuhr ausländischer Waren erheblich verbilligt werden. Auf der anderen Seite aber wird der deutsche Export schwer geschädigt. Das muß dahin führen, daß unsere ohnedies schon stark passive Handelsbilanz noch weit mehr zu unseren Ungunsten sich gestaltet. Steigende Beschäftigungslosigkeit, Stockung des Exportgeschäfts und Zurückhaltung der inländischen Käufer in Erwartung eines stärkeren Preisrückgangs sind die deutlich wahrnehmbaren Anzeichen dafür, daß die Weltmarktkrise sich anschickt, mit großer Heftigkeit auf die deutsche Wirtschaft überzugreifen. Natürlich müssen die Folgen dieses Sturmes für eine geschwächte Wirtschaft noch verderblicher sein, als für eine bisher in Blüte befindliche. Auf den deutschen Börsen ist die auf dem Industriepapiermarkt solange an der Herrschaft gebliebene Hausse rasch in eine Baissebewegung umgeschlagen. Noch versucht zwar die Haussespekulation ihre Werte hartnäckig festzuhalten, um einen allzu starken Kursdruck zu verhindern. Das gelingt auch zum Teil, solange die Geschäftsberichte unserer industriellen Unternehmungen noch günstig lauten. Aber schon wird in der Eisenindustrie über eine plötzlich eingetretene Verschlechterung der Konjunktur geklagt. Die Neuaufträge bleiben fast völlig aus, und man rechnet bereits mit der Notwendigkeit umfangreicher Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen.

Wenig günstig wirken auf unsere Wirtschaftsaussichten natürlich auch die Nachrichten von der Pariser Ministerkonferenz. Das hartnäckige Festhalten der französischen Regierung an ihrem undiskutierbaren, mit Deutschlands völligem Ruin gleichbedeutenden Forderungen beweist, daß wir noch immer von dem Gedanken der wirtschaftlichen Solidarität aller Kulturvölker weit entfernt sind. Solange aber die Einsicht, daß nämlich nur das gemeinsame freiwillige Zusammenwirken aller Völker und Länder Europa vor dem drohenden Niedergange bewahren kann, nicht Gemeingut aller Ententestaatsmänner geworden ist, solange liegt auch eine Gesundung noch in weiter Ferne. Erst wenn man auch in Frankreich und Belgien restlos erkannt haben wird, daß Deutschlands wirtschaftliche Vernichtung auch die seiner bisherigen Gegner zur Folge haben muß, und wenn man die vollen Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen sich entschlossen haben wird, werden die Voraussetzungen für einen Abbau der deutschen Papiergeldinflation, die der Vater aller Übel ist, gegeben sein.

= **Der Markkurs** notierte am Montag in Zürich 10,70 Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,30 Centimes gefallen. In Amsterdam wurden für die Mark 4,80 Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verschlechterung um 0,42½ Cents bedeutet.

= **Preisermäßigung für Bleifabrikate.** Die deutsche Verkaufsstelle für gewalzte und gepreßte Bleifabrikate in Köln teilt mit, daß sie die Preise für Bleifabrikate mit Gültigkeit ab 28. Januar um 60 M für 100 Kilogramm ermäßigt hat und daß sich der Verkaufsgrundpreis bei Abnahme von 50 Tonnen auf 640 M für 100 Kilogramm stellt.

= **Ermäßigung der Zinkblechpreise.** Der Zinkblechverband ermäßigte seinen Preis von 900 auf 800 M für 100 Kilogramm.

= **Rückgang der Preise für Tafelglas.** Der Verein Rheinisch-Westfälischer Tafelglashütten zu Bonn a. Rh. hat in Übereinstimmung mit dem Großhändlerverband die Preise für schlesisches Fensterglas um 10 bis 15 Prozent ermäßigt. Ein Teil der sächsischen und schlesischen Hütten ist diesem Beispiel gefolgt.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Kühner; für Provinz, Lokales und Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Kümmel, Berlin-Wilmersdorf, Landauer Straße 55.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210201-19/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Gut möbliertes Zimmer
an besseren, ruhigen Herrn bei Stellung der Bettwäsche zu vermieten. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
oder Schlafstelle von zwei anständigen Herren gesucht. Ang. unt. 3219 a. d. Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
per sofort zu mieten gesucht. Angebote an Ernst Fuß, Gotthardstr. 38, 2 Tr.

Jung. Monteur sucht für sofort ein
heizbares möbl. Zimmer.
Heizmaterial wird unentgeltlich geteilt. Angeb. unter 3214 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Jg. Herr sucht für sofort möbl. Zimmer.
Anfr. im Hotel „Gold. Sonne".

Möbl. Zimmer
von jungem Herrn für sofort gesucht. Angeb. unt. 3209 an die Exped. d. Bl.

2 junge Herren suchen möbliertes Zimmer.
Angebote unter 3207 an die Exped. d. Blattes.

Junger Beamter sucht, wenn wohl sofort,
möbliertes Zimmer
Ang. u. 3187 a. d. Exp. d. Bl.

Anständ. jung. Mann sucht Schlafstelle.
Ang. u. 3217 a. d. Exp. d. Bl.

Bautechniker, 37 Jahre, unverheiratet, sucht zu sofort
einfaches gemütliches Zimmer.
Ang. u. 3218 a. d. Exp. d. Bl.

Dringend
1—2 leere eptl. möbl. Zimmer mit Kochgelegenheit von jung. Ehepaar (Beamter) in nettem Hause gesucht. Gefl. Angeb. unt 3213 an die Exped. d. Bl. erb.

Wohnungstausch
nach Leipzig, am bayr. Bahnhof 3 St., K., K. gegen ähnl. od. auch kl. in Merseburg z. tausch. gel. Pfeiffer, Leipzig, Windmühlenstraße 50.

Haus-Grundstück
in Merseburg bei hoher Anzahlung zu kaufen gesucht. Auskunft erteilt
P. Mitternacht, Karlstraße 29.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Geschenke und Gratulationen sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Richard Kietz und Frau
Maria geb. Mädike.

Zöschen, den 29. Januar 1921.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen, des Zigarrenhändlers

Karl Gebhardt

sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus.

Merseburg, den 31. Januar 1921.

Familie Richard Gebhardt.
Familie Otto Brüder.
Ella Ohme.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter, können wir es nicht unterlassen, für alle Liebe und Teilnahme unseren tiefgefühltesten Dank auszusprechen.

Meuschau, den 31. Januar 1921.

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Gustav Meißner und Frau.

Achtung! Landwirte!

Schlachtepferde, Esel u. Fohlen kauft

zu sehr hohen Preisen von 300 Mk. pro Zentner aufwärts. (Für wohlgenährt. fette Pferde Extrapreise)

Franz Vogel
Groß-Roßschlächterei, Radewell-Ammendorf
Tel.-Amt Ammendorf 58.

Bei Notschlachtungen aller Art schnellstens zur Stelle
Vermittler erhalten hohe Provisionen

140—150 000 Mark
auf ein großes Landgut an 1. Stelle zu leihen gesucht. Ang. unt. 3211 an die Exped. d. Bl.

Guterhalt. Kinderwagen zu kaufen gesucht
Angebote mit Preis unt. 32 0 an die Exp. d. Bl.

Zur

Konfirmations-Schneiderei

empfehle in grösster Auswahl

Weißwaren u. Schneiderei-Artikel.

Knöpfe - Besätze - Jabots - Rüschen - Gürtel
Kurzwaren - Tüll - Filet - Valenciennes-Spitzen
und Einsätze - Motive - Wäsche-Stickereien
in bester Ausführung, sehr grosse Auswahl.

Große Farbenauswahl weicher Besatzseide.
Entzückende Neuheiten in Spitzenkragen, Tüll-Unterblusen, Fichus.

In Schleifern, Handschuhen, Strümpfen, Korsetts, Reformleibchen, Unterröcken, Taschentüchern, Schürzen, Samt- und Seidenbändern, Macco-Unterwäsche, Herren-Einsatzhemden, Oberhemden, Kragen, Schlipsen, Hosenträgern, Corsetteurs unterhalte ständig grosses Lager bewährter Qualitäten bei anerkannter Preiswürdigkeit.

Sonderabteilung f. Aufzeichnungen u Sticken von Kleidern - Blusen - Handarbeiten etc.

G. Hoffmann Inhaber Bernhard Teltza **Markt 19**
Fernsprecher 464. Gegründet 1846.

Suche kl. Garten zu pachten.
Ang. u 3208 a. d. Exp. d. B.

Guterhalt. Anzug
(große, schlanke Figur) zu verk. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Brauner Anzug
Gr. 1,60, m. 2 Hosen u. 1 gestr. Hose, sehr wenig getragen da zu klein, zu verkaufen.
Erbert, Brauerstraße 1.

Ein **komplettes Schlafzimmer** (neu) sowie ein Chaiselongue mit Decke (neu) äußerst preiswert zu verkaufen.
E. Bernhardt, Gotthardstr. 42 I.

Gebr. Schreibmaschine
„Remington" von Bergmann-gesellschaft umständehalber billig zu verkaufen. Angebote erbeten unter 3222 an die Exp. d. Bl.

Zirka 10
Rot- u. Weißweinflasch.
zu verk. Wo? sagt d. Exp. d. Bl.

Prima Schweine-Schmalz

a Pfund **12.50** Mk.
eingetroffen
Rudolf Schubert. Burgstraße 16.

---

la Schweineschmalz
Blockfett **Pfd. 12.50** Blockfett
Lebensmittelhalle Bernh. Mollnau, Ob.-Breite Str. 12

Leder-Handlung
Gegr. 1861. **Gebrüder Becker** Tel. 423
Breite Strasse 4
Sohlleder und Oberleder - Ausschnitt
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Schäfte — Gummiflecke
Fensterputzleder.

Geschäfts-Eröffnung.
Ich eröffne mit heutigem Tage ein
Zigarren-, Zigaretten- und Rauchwaren-Geschäft
Eduard Herrmann.
Schmale Straße 10.

Ein P. große Schweine
um Weiterfüttern zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Grüne Heringe, Seelachs, Kabeljau
alle Tage zu haben bei
A. Berger,
Oelgrube 27, Eingang Milchinsel

Möhren, Futterrüben und Speise-Kartoffeln
frisch eingetroffen
Fr. Freygang,
Gr. Ritterstr. 7. Tel. 424.

Nett. bess. alleinst. Mädchen möchte ab 15. 2. die Wirtschaft bei Herrn od. ält. Ehepaar führen. Ang. unt. 3216 an die Exp. d. Bl.

Hilfsbeamter sucht Nebenbeschäftig. von nachmittags ½5 Uhr an gleich welcher Art. Angeb unt. 3220 an die Exped. d. Bl.

Landw. Verwalter
ab loser Veranlagenheit, sucht die Bekanntschaft einer jungen Dame von 20—23 Jahren zw. späterer Heirat. Angeb. unter 3221 an die Exped. d. Bl erb.

Hausdiener
sofort gesucht
Restaurant „Tivoli".

Buchdruckerlehrling,
Junge mit guter Schulbildung unter günstigen Bedingungen zu Ostern gesucht.
Buchdruckerei Mücheln (Bez. Halle).

Einen Lehrling
sucht Ostern
H. Fitzne, Schmiedemeister, Schafsdorf.

Für unsere Eisenwarenhandlg. suchen wir zum 1. April d. Js.
einen Lehrling
mit guter Schulbildung.
Gebr. Selbicke.

Anst. Dienstmädchen sofort für besseren kinderl. Haushalt gesucht.
Frau Dipl.-Ing. Roßwog, Hallesche Straße 37.

Ordentl. Dienstmädchen
bei hohem Lohn aufs Land für sofort gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Für sofort später ein
ehrliches sauberes Mädchen,
15—19 Jahre, am liebsten vom Lande, gesucht.
Frau Dir. Henke, Friedrichstr. 1

Aufwartung
für 2mal in der Woche gesucht
Friedrichstr. 24.

Klemmer (Hornlassung)
Sonntag mittag von Gotthardtstraße nach dem Kasernenhof verloren. Gegen Belohnung abzugeben Gotthardtstr. 38, II r.

Entlaufen.
Brauner Dackel, Hundemarke 426, entlaufen. Abzugeben gegen Belohnung bei
Schlenz, Hälterstr. 34.

Schäferhund, 2 J. 7
mit Steuermarke 114, abhanden gekommen, geg. hohe Belohnung abzugeben Wagnerstr. 8.

Der Junge,
der den Drehling am Tiefen Keller aufwob, hat denselben im Rest. „Tiefer Keller" abzugeben, da sonst Anzeige erfolgt.

Gute Belohng.
demjenigen, der mir nachweisen kann, wer am 31. 1. zwischen 6 und 7 Uhr meinen Dobermann von der Kette gestohlen hat. Vor Ankauf wird gewarnt. Angaben sind zu richten an die Polizei oder Kranets, Amtshauptmann 3.

Hund zugelaufen,
abzuholen Oelgrube 2.

Wer kann mir nachweisen
wo die elegante Schneeball-Maske gesehen wurde?
Bearb. aus weißem Gazestoff, besetzt mit silb. Band, silb Perlen, Schneebällen, weißen Sternen u. weißem Pelz. Bei genauer Auskunft sichere ich gute Belohnung zu. Karl Wich, Merseburg, Hirtenstr. 6.

Räumungs-Verkauf
bis 15. Februar.

Bedeutende Preisermässigung verschiedener Warenposten
:: ohne Rücksicht auf die Einkaufspreise. ::

Herrenhüte
Haarfilz . . . 100.— 90.— 75.—
Wollfilz 85.— 75.— 59.— 45.— 39.—

Hosenträger
Borde . . . . . Paar 7.50 3.25
Gummi mit Leder 18.50

Farbige Herren-Socken
12.50 10.50 8.75

Herrenmützen
Sportmützen 19.50 14.50 11.- 9.- 7.50
Ein grosser Posten Fliegermützen
9.— 11.— Tuch 24.—

Selbstbinder
enorm billig
19.— 16.50 12.50 10.50 6.—

Wollene Schals
79.— 44.— 22.50

Auf Pelzwaren gewähre 10 % Rabatt

Während des Räumungs-Verkaufs Umtausch nicht gestattet.
Bitte beachten Sie unsere Auslagen.

J. G. Knauth & Sohn.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210201-19/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 26. Dienstag den 1. Februar 1921. 47. Jahrg.

Die neue Teuerungsaktion.

Von C. Delius, M. d. R.

Mehr als es den Beamten erwünscht und für die Öffentlichkeit dienlich ist, haben sich Regierung und Parlament mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Beamten zu beschäftigen. Der Erhöhung der Kinderbeihilfen im Dezember folgte jetzt die Neufestsetzung der Teuerungszulagen überhaupt. Regierung und Parlament waren sich klar, daß mit der Regelung im Dezember die Frage nicht erledigt sein konnte. Namens der Demokraten habe ich dem im Plenum des Reichstags damals Ausdruck gegeben. Es soll heute nicht die gewiß naheliegende Frage gestellt werden, ob es nicht besser war, die Regelung im Dezember anders, den Wünschen der Beamten entgegenkommend, zu treffen. Gerade wir Demokraten haben bis zuletzt alles versucht, um zu einem befriedigenden Abschluß zu kommen. Die Regierung glaubte, aus den schwerwiegendsten Gründen keinen anderen Standpunkt einnehmen zu können. Ein Regierungssturz hatte, von vielem anderen abgesehen, sicherlich auch nicht im Interesse der Beamtenschaft gelegen.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf für eine vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 zur Verabschiedung gebracht. Für das laufende Rechnungsjahr wo. der Teuerungszuschlag auf 50 Prozent in Übereinstimmung mit den Organisationen für alle Beamte gleichmäßig festgesetzt worden. Die Neuregelung macht hinsichtlich der einzelnen Ortsklassen erhebliche Unterschiede. Es werden in Klasse A 70, B 67, C 65, D 60 und E 55 Prozent Zuschläge zum Grundgehalt und zur Ortszulage gewährt. Ursprünglich waren in B nur 65, C 60 und D 55 Prozent von der Regierung vorgesehen. Die bereits mit den Organisationsleitern erzielte Verständigung wurde von den Organisationen selbst nicht anerkannt. Unter Mithilfe der Generalkommission der Gewerkschaften und des Deutschen Beamtenbundes kam dann, nachdem der Beamtenbund bis zuletzt noch die gleichmäßige Teuerungszulage verteidigt hatte, die Verständigung zustande. Restlose Befriedigung läßt bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse auch diese Lösung nicht aus. Es ist müßig, zu untersuchen, ob bei der Regelung die Beamten besser weggekommen wären, wenn sie allein verhandelt hätten. Auch die Arbeitergewerkschaften haben von ihren Forderungen sehr viel nachlassen müssen. Von der allgemeinen Lohnerhöhung von 1 ℳ pro Stunde sind Zuschläge in Ortsklasse A von 60, B 50, C 40, D 30 und E 20 ₰ übrig geblieben. Wenn die Großorganisationen weise nachgegeben haben, so macht das ihrer Einsicht Ehre. Es erleichtert die künftigen Verhandlungen und zerstört den Wahn in der Bevölkerung, als wenn die Staatsbediensteten unter allen Umständen auf ihre Macht pochend der übrigen Bevölkerung ihren Willen aufzwingen wollten. Solche Anschauungen nicht weiter aufkommen zu lassen, muß auch im wohlverstandenen Interesse der Beamten liegen. Ein Rest von Unzufriedenheit bleibt aber bei den Beamten der Ortsklassen D und E zurück. Hier wird die unterschiedliche Behandlung nicht als gerecht empfunden. Ohne untersuchen zu wollen, ob eine Differenzierung überhaupt berechtigt ist, läßt sich schon jetzt sagen, daß in sehr vielen Fällen die Unterschiede in der Lebenshaltung, wenn überhaupt vorhanden, nicht so groß in die Erscheinung treten, wie das jetzt in der Festsetzung der Zulagen geschieht. Einige Beispiele mögen das erläutern: Gruppe III (in der bie meisten ehemaligen Unterbeamten sich befinden) Höchstgehalt Ortsklasse A 19 050 Mark, E 15 390 ℳ; Gruppe VI A 23 250, E 18 690; Gruppe X (ehem. höhere Beamte) Ortsklasse A 30 600, E 21 440 ℳ. Angenommen ist eine Familie mit drei Kindern bis zu 14 Jahren. Bedenkt man, daß die Kindererziehung vielfach größere Mittel als in der Großstadt erfordert, so wird nicht bestritten werden können, daß die Lösung keine glückliche ist. Es muß deshalb beim nächsten Etat zu prüfen sein, wie hier Abänderungen möglich sind. Der Gedanke, die Ortszulagen nach der wirklichen Teuerungsziffer festzusetzen, ist gewiß im Grunde richtig und wenn auch das angewendete Ermittelungsverfahren, wie jedes andere, gewisse Schwächen aufweist, so scheint es mir doch das beste zu sein. Der Fehler liegt m. E. darin, daß der Zeitraum für Ermittelungen zu kurz war und deshalb mancherlei Zufälligkeiten das Ergebnis entscheidend beeinflußt haben. Hier will eine demokratische Entschließung abhelfen, indem sie möglichst einheitliche Wirtschaftsgebiete verlangt. Wenn das geschieht, werden sich manche Klagen ausräumen lassen. Deshalb muß die Vorlegung des Ortsklassengesetzes auf solcher verbreiterter Grundlage beschleunigt werden. Im übrigen befinden sich etwa 40 Prozent der Beamten in den Ortsklassen D und E eingereiht, während nur 25 Prozent der Staatsarbeiter dort ihren Wohnsitz haben.

Die von den Verbänden vorgeschlagene Staffelung nach dem Grundgehalte hat auf den ersten Blick viel für sich. Sie wirkt aber ungerecht, wenn die Prozentsätze zu hoch gegriffen werden, namentlich, wenn ein gewisser Mindestbetrag als Teuerungszulage vorgesehen wird. Die Unterschiede zwischen unteren und oberen Gehaltsgruppen werden dadurch völlig verwischt. Das kann letzten Endes auch von den vernünftigen Beamten nicht gewünscht werden, wäre es doch ein Hemmnis jeden Vorwärtsstrebens.

Die aus der Erhöhung entstehenden Kosten betragen für Reichsbeamte 2150, für die Arbeiter 930 und für die Angestellten 140 Millionen. Die gleiche Summe tritt noch hinzu für die Länder und Gemeinden. Bei der Entziehung der Teuerungsellen und bei der unbedingt erforderlichen Einheitlichkeit der Besoldung bleibt dem Reiche nichts weiter übrig, als die Lasten zu übernehmen. Regierung und Reichstag haben zwar eine gesetzliche Bindung — wie sie der Reichstrat beschlossen hatte — abgelehnt, um kein Verfungsrecht zu schaffen, sie haben sich aber einverstanden erklärt, daß die entsprechenden Summen schon im Nachtragsetat eingesetzt werden. Die zur Deckung erforderlichen Steuergesetze sind im Gesetz selbst bereits angekündigt.

Alles in allem bedeutet die neueste Regelung eine Beendigung des Reizzustandes, in dem sich die Beamtenschaft seit mehr als drei Monaten befunden hat. Verschärft wurde dieser noch durch irreführende Pressetartikel. Beruhigung und damit erhöhte Arbeitsfreudigkeit und gesteigertes Pflichtbewußtsein sind wieder eingekehrt. Hoffend, daß die Staatsbediensteten dem Staate jetzt erfolgreiche Aufbauarbeit leisten werden, wird die Volksvertretung den berechtigten wirtschaftlichen Wünschen die Förderung angedeihen lassen, die im Rahmen unserer gesamten Volkswirtschaft nur irgend möglich ist.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild.

Es hat im Reichstag seit geraumer Zeit keine so kurze und doch so bedeutsame Sitzung gegeben, wie die gestrige, die um ½2 Uhr begann und bereits um ½2 Uhr beendet war. Sie wird allerdings durch die heutige noch weit in den Schatten gestellt werden, denn heute wird der Reichstag sich vor der Aufgabe sehen, als gewählte und berufene Vertretung des deutschen Volkes zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz Stellung zu nehmen, deren Ungeheuerlichkeit ganz Deutschland in tiefste Erregung versetzt hat. Diesem Gegenstande gall auch die unerwartet abgegebene Erklärung des Außenministers Dr. Simons, die dann dem Präsidenten Löbe Veranlassung zu dem Vorschlag gab, gleichsam als Demonstration und Protest gar nicht erst in die Beratung der eigentlichen Tagesordnung einzutreten, sondern sich sofort zu vertagen. Die Ankündigung: „Simons spricht über die Milliardenforderung“ hatte natürlich sofort auf allen Seiten große Spannung hervorgerufen, und das Haus nahm die Mitteilung, das Außenministers, dem man im übrigen den auf ihm lastenden Druck der Verantwortung deutlich anmerkte, mit lautloser Stille entgegen. Die Empfindungen, die alle bewegten, wurden besonders an der Stelle sichtbar, wo Dr. Simons bekannt gab, daß die soeben in Paris gefallenen Entscheidungen in der Entwaffnungsfrage definitiv sind, während die unerhörten Beschlüsse über die Reparationsfragen nach Dr. Simons „zunächst Propositionen“ sind, d. h. also, daß man sie verhandeln will. Das konnte ja auch entsprechend dem Wortlaut des Friedensvertrages nicht anders sein, aber wir wissen ja, wie hoch die Kunst des Inpreklerens im Ententelager gediehen ist. Die zweite wichtige Mitteilung des Ministers des Äußern war die Ankündigung, daß die Regierung dem Hause vorschlage, die Beschlüsse der Pariser Konferenz als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung zu setzen, da die Reichsregierung gewillt ist, erstens selber zu dieser Frage Stellung zu nehmen, und zweitens um dem Reichstag Gelegenheit zu geben, dasselbe auch von sich aus bereits zu diesem frühen Zeitpunkt zu tun. Als Dr Simons geendet hatte, klang der Vertagungsvorschlag Löbes fast überlaut in die über dem Hause lastende Stille. Es war, als wenn der Saal von den Fittichen des dunklen Geschicks des Reichs überschattet würde. Etwas Verbindendes brachte nur die Feststellung, daß die Reichsregierung diesmal anerkennenswerterweise den Willen zeigt, das deutsche Volk zur Mitarbeit an der zu treffenden Entscheidung heranzuziehen, indem sie frühzeitig Kenntnis gibt, was im Werke ist und welche Haltung sie selber einzunehmen gedenkt. Das war bekanntlich früher leider nicht immer der Fall, und deshalb ist besonders von demokratischer Seite gefordert worden, daß bei dieser ganz ungewöhnlichen Gelegenheit die Regierung von Anbeginn die Öffentlichkeit auf dem Laufenden halten müsse.

*

Sitzungsbericht.

Berlin, 31. Jan.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Fehrenbach, Vizekanzler Dr. Heinze Außenminister Dr. Simons, die Minister Koch, Geßler, Groener und andere.

Präsident Loebe: Vor Eintritt in die Tagesordnung gebe ich das Wort zu einer Mitteilung dem Herrn Reichsminister des Äußern.

Außenminister Dr. Simons:

Meine Damen und Herren! Gestern abend ist mir durch Fernschreiber der Wortlaut des Beschlusses bekannt geworden, den die Pariser Konferenz am Sonnabend gefaßt hat. Das Original der Mitteilung ist von der Konferenz dem Vorsitzenden unserer Friedensdelegation in Paris übergeben und wird, wie ich annehme, spätestens morgen früh in meinen Händen sein. Ich habe veranlaßt, daß der Inhalt des durch Fernschreiber übersandten Textes des Beschlusses sobald als möglich der Presse zugänglig gemacht wird. Das Schriftstück ist sehr lang und umfangreich. Es ist dem Auswärtigen Amt sofort mitgeteilt worden und gegenwärtig unterliegt es der Beschließung des Kabinetts. Ich habe heute morgen darüber dem Kabinett Vortrag gehalten und werde dies heute nachmittag fortsetzen.

Ich habe nicht die Absicht, heute schon auf den Inhalt einzugehen, will vielmehr nur soviel sagen, daß der Beschluß besteht aus einer Note und zwei Anlagen. Die Note nimmt Bezug auf die Anlagen und charakterisiert sie als Beschlüsse, die gefaßt sind einerseits in der Entwaffnungsfrage, andererseits in der Reparationsfrage. Zur Reparationsfrage ist eine Reihe von Aufzeichnungen beigegeben. Während die Entscheidung in der Entwaffnungsfrage als endgültig bezeichnet wird, sind die Entscheidungen in der Reparationsfrage derart, daß es zunächst Propositionen sind, von denen allerdings mit Nachdruck gesagt wird, daß sie einstimmig angenommen sind. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung eingeladen, qualifizierte Vertreter Ende Februar nach London zu senden.

Ich bin nicht in der Lage, bevor die Beratungen des Kabinetts abgeschlossen sind, näher auf den Inhalt einzugehen und meinerseits Stellung zu nehmen. Es liegt mir aber außerordentlich daran, daß sie den von der Regierung und mir persönlich eingenommenen Standpunkt möglichst bald erfahren. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn das hohe Haus beschließen wollte, morgen an allererster Stelle die Beratungen über die Beschlüsse der Pariser Konferenz auf die Tagesordnung zu setzen, so daß wir in der Lage sind, alsdann sofort hier im hohen Hause uns sowohl von Regierungs- als von Reichstagswegen mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Ich möchte bitten, daß keine anderen Gegenstände vor diesem Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden und daß Zeit gelassen wird, diese wichtige Angelegenheit vorzubereiten und das weitere zu sagen, was irgendwie an Vorschlägen gemacht werden soll.

Das Haus hörte diese Mitteilung des Ministers unter lautlosem Schweigen an.

Präsident Loebe:

Unter dem Eindruck dieser soeben gehörten Mitteilungen möchte ich Ihnen vorschlagen, in die Beratung der heutigen Tagesordnung nicht einzutreten, sondern die Sitzung jetzt abzubrechen. Für den Fall ihrer Zustimmung möchte ich Ihnen weiter vorschlagen, eine Sitzung abzuhalten morgen, Dienstag 1 Februar, nachmittags 4 Uhr, mit der Tagesordnung Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Falls ich keinen Widerspruch aus dem Hause höre, darf ich annehmen, daß Sie sich meinem Vorschlage anschließen.

Die Sitzung ist somit geschlossen. (Schluß 1 Uhr 40 Min.

*

Schieber und Schlemmer.

Im Haushaltungsausschuß des Reichstages machte bei der Aufarbeitung des Etats des Wiederaufbauministeriums der Regierungsvertreter gestern die Mitteilung, daß die Entente 800 000 Tonnen Binnenschiffe verlangt; die Verhandlungen darüber schwebten noch. Der Berichterstatter Heilde (Zem.) wünschte, daß die Frage des Wiederaufbaues der Handelsschiffahrt einmal grundsätzlich behandelt würde. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß sich bei den Verhandlungen mit den Reedern hinsichtlich der zu zahlenden Entschädigung scharfe Differenzen ergeben hätten. Der kommunistische Vertreter lehnte alle Summen für den Wiederaufbau der Handelsflotte ab. Darauf ging man zum Haushalt des Reichsfinanzministeriums über. Im allgemeine Aussprache wurde mit Rücksicht auf die Entschädigungsnote der Entente, die eben eingegangen war, verschoben. Beim Kapitel Landesfinanzämter bedauerte der Demokrat Delius, daß die notorischen Kriegsgewinnler nicht schnellstens restlos zur Steuer herangezogen würden; während die ehrlichen Steuerzahler erfaßt würden, setzten die Schieber ihr Schlemmerleben ruhig fort. Das könne das Volk nicht länger ertragen. Abhilfe müsse schleunigst erfolgen. Warum habe man nicht die örtlichen Steuerbeamten, die mit dem Veranlagungsgeschäft vertraut waren, in größerem Umfange übernommen? Er tadelt die schlechte Bezahlung für Diätare und fordert, daß die übernommenen Zahlmeister bei der Eingruppierung nicht zurückgesetzt würden. Die Bestimmungen über Erhebung der Luxussteuer, die jetzt eine ungeheure Belastung der Handelswelt bedeuten, müßten geändert werden. Ministerialdirektor v. Stockhammern erwiderte, daß der Reichtum der Schieber sich verberge. Der Schieber lebe aus der Tasche, deshalb sei es schwierig, ihn richtig zu fassen. Es sei aber jetzt ein ausgebeuteter Bewachungsdienst eingerichtet worden, von dem man sich eine wirksame Besserung versprechte. Der Demokrat Pachnicke unterstreicht nochmals, daß der Erfassungsapparat wirksamer arbeiten müsse, während Heile wünscht, daß die Landesfinanzämter mehr den Verhältnissen angepaßt werden sollten. Die Beamten müßten bodenständiger sein. Die Bezirke mancher Ämter seien zu groß.

Widerspruchsvolles Verhalten der Deutschnationalen.

Bei der Beratung über das Gesetz zur Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues im Wohnungsausschuß stellten die Deutschnationalen einen Antrag, nach dem durch Vorlegung eines Notgesetzes nachträglich 1½ Milliarden in den Etat für 1920 eingesetzt werden sollen. Die Stellung dieses Antrages war sehr auffällig. Die Mehrheitssozialdemokraten hatten schon vor Monaten einen ähnlichen Antrag gestellt; er war aber unter Zustimmung der Deutschnationalen abgelehnt worden, nachdem die Regierung und die verschiedenen Parteien erklärt hatten, daß keine Ausgabe ohne Deckung in den Etat eingesetzt werden dürfe. Wozu war es nötig einen solchen Antrag zu stellen? Der Antrag wurde vertagt und ein Unterausschuß eingesetzt, der bereits gestern nachmittag in Tätigkeit trat.

Der Rechtsausschuß

nahm gestern den Regierungsvorschlag an, daß die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Zivilprozessen bis zum Werte des Streitgegenstandes von 3000 ℳ ausgedehnt werde.

Provinz und Nachbarländer.

Demokratische Beamtenversammlung in Weißenfels.

Weißenfels, 1. Febr. Die Beamtengruppe der Deutschen demokratischen Partei hielt am Donnerstag abend in Schumanns Garten eine Versammlung ab, die Oberlehrer Rohloff leitete, und in der Reichstagsabgeordneter Eisenbahnvorsteher Schulz-Berlin über das Thema: „Demokratie und Beamtenschaft“ sprach. Er bezeichnete den 20. Februar als Großwahltag von besonderer Bedeutung. Jeder Wähler müsse sich klar werden, welcher politischen Richtung er seine Stimme geben soll; denn durch den Stimmzettel offenbare er den Wunsch, wie er regiert sein wolle. Gerade an die Beamtenschaft wendeten sich die verschiedenen Parteien, da sie ein wesentlicher Bestandteil des deutschen Volkes sei. Dabei dürfe sie nun nicht ihre mißliche wirtschaftliche Lage aus dem Auge lassen. Trotz des wachsenden Volksvermögens sei vor dem Kriege für die Beamten kein Geld dagewesen. Man sei von dem Grundsatze ausgegangen, der mäßig hungernde sei der beste Beamte. Während des Krieges seien die Teuerungszulagen immer zu spät gekommen. Die verheirateten Beamten seien wirtschaftlich wie ausgeraubt. Von 75 Prozent tüchtigster Kräfte seien 50 Prozent Beamtenkinder. Die Besoldungsreform sei ein Nutzbau. Viele Beamten hätten die Kinderzulagen abgelehnt, weil sie Leistungsbezahlung und keine Alimente haben wollten. 74 Prozent der Eisenbahner hätten das Existenzminimum nicht. Der Redner mahnte, mit dem Erreichten sich vorläufig abzufinden. Der Ungerechtigkeit in der Ortsklasseneinteilung solle man mit Forderungen der Versetzung in höhere Klassen beizukommen suchen. Am Eisenbahndefizit seien nicht die Gehaltserhöhungen der Beamten schuld. Eine weitere Forderung der Beamten sei der Ausbau des Beamtenrätegesetzes. Für das Alters- und Pensionsgesetz sei die notwendige Sicherung zu schaffen, die Diätarverhältnisse seien zu regeln, das Schlichtungsgesetz fehle, Betriebs- und Nachtzulagen müßten wiederkommen. Auch am Siedlungswesen habe der Beamte ein großes Interesse. Zum Schlusse bemerkte der Redner, der Beamte müsse unbedingt für den Bestand des demokratischen Staates eintreten, der ihm das nie gekannte Recht gewährleistet, seine Ansicht frei und offen zu vertreten. Nach einer Diskussion, die einige Fragen aus der Versammlung beantwortete, schloß Oberlehrer Rohloff die Versammlung.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger, Kreis Mitteldeutschland hielt am 72. Januar seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Wenn heute die deutsche Presse ein Gebilde ist, um dessen Vielseitigkeit und Gehalt uns die Welt beneidet, auch dessen Niveau sich nicht nur ein äußeres und hohes Bild der politisch-nationalen Gesamtheit, sondern auch des deutschen Geisteslebens spiegelt, so mag es manchem nicht klar sein, daß ein hohes Verdienst daran der deutsche Zeitungsverleger hat, den man gern nur als Geschäftemacher hingestellt haben möchte. Dem jetzigen Ehrenvorsitzenden August Schneider-Sangerhausen überreichte sein Nachfolger im Vorsitz, Walter Richters-Erfurt, eine künstlerische Ehrenurkunde, zum Beweise dessen, daß sein Name unvergeßlich für die Geschichte des deutschen Zeitungswesens bleibt. Der Verleger der „Magdeburgischen Ztg.“, Dr. Robert Faber, Vorsitzender des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, wurde auf einstimmigen Beschluß zum Ehrenmitglied ernannt. — Die von Kreisen, denen das Privatinteresse über das der Allgemeinheit geht, geforderte Aufhebung der Zeitungsdruckpapierbewirtschaftung wurde in einer Resolution abgelehnt. Die in Aussicht stehenden Preissteigerungen auf dem Papiermarkt, neue Lohn- und Gehaltsforderungen, die neuen Postgebühren und die Sonderzölle und Steuern für die Presse sind schwere dunkle Wolken für die nahe Zukunft.

Zur Regelung des Anzeigenwesens und zur Beseitigung vieler noch bestehender Mißstände, wie des Gratishinweisunwesens im redaktionellen Teil der Zeitungen, der Schmutz- und Schwindelanzeigen, der unzureichenden Bezahlung von amtlichen Bekanntmachungen der Behörden und der Behörde Nachrichtenstelle, Behörden und Publikum müssen sich daran gewöhnen, derartige unbillige Forderungen nicht mehr an die Zeitungen zu richten, da die Mitglieder des Vereins gehalten sind, sich dagegen grundsätzlich ablehnend zu verhalten. Ein interessantes Referat über das Nachrichtenwesen wies besonders auf die neuen Wege, drahtlose Telegraphie und Telephonie, hin.

Die Vorschläge des Vorstandes für die Satzungsänderungen, Neuwahlen in den Vorstand und der Etat für 1921 wurden angenommen. Am 28. Januar hat eine Tarifkommission, die von der Versammlung gewählt war, mit einer solchen der Redakteure einen neuen Tarif für das Gebiet des Staates Thüringen und die Provinz Sachsen trotz erheblicher Schwierigkeiten zu einem befriedigenden Abschluß gebracht, der allerdings nur provisorischen Charakter trägt, da in den nächsten Tagen in Berlin eine paritätische Kommission aus Verlegern und Redakteuren die Frage eines Reichstarifs und die Grundsätze für eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Faktoren der deutschen Presse prüfen wird.

Kleine Rundschau in der Provinz.

In Hottelstedt fand eine Familie, die nachts von einem Vergnügen zurückkehrte, ihre Wohnung von Dieben heimgesucht, die für mehr als 10 000 ℳ Kleidungsstücke gestohlen hatten. — In Blankenburg und große Mehl- und Kornschiebungen aufgedeckt worden. 100 Zentner Weizen und 55 Zentner Mehl konnten beim Mehlhändler auf dem Bahnhof beschlagnahmt. — In Hohegeiß wurden 45 Zentner Mehl beschlagnahmt. — In Thale erschoß der Arbeiter Ernst Puschmann seine Geliebte, das Dienstmädchen Willert aus Aschersleben und darauf sich selbst. — In Hummelshain wurde der Herzogsstuhl, der sich im Privatbesitz des Herzogs von Sachsen-Altenburg befindet, von Einbrechern heimgesucht, die, als sie die erbrochene Truhe nicht finden, Uhren, Kerzenleuchter und Spiegel kurz und klein schlugen und so einen Schaden von 25 000 ℳ verursachten. — In Arnstadt wurde von der Polizei ein ungetreuer Lehrling aus Plauen i. V., der in Schreiersgrün in der Lehre war, festgenommen. Er hatte, anstatt auf ein Sparkassenbuch 1000 ℳ einzuzahlen, noch 400 ℳ abgehoben und war flüchtig geworden. — In Bieselbach hatten sechs Matrosen auf die Gemeindeverwaltung einen Überfall gemacht. Der Überfall wurde dadurch verhindert, daß man ihre Beratschlagungen zufällig im Zuge nach Weimar belauscht hatte. — In Worbis wurden in dem Kaufhaus Lippold für 50 000 ℳ Seiden-, Woll- und Baumwollstoffe, Selbstbinder, Anzüge, Zigarren und Zigaretten gestohlen. — In Debauke bei Bebra wurden 22 Gewehre, die zur Ausrüstung der Ortswehr im Gemeindehause aufbewahrt wurden, von Dieben gestohlen. — In Schmalkalden wurden seit dem 25. Januar drei Kinder vermißt, die nach Altersbach geschickt worden waren, um Lebensmittel zu holen. — In Blankenhain wurden im Karl-Friedrich-Hospital umfangreiche Unterschlagungen aufgedeckt. Zwei schuldige Wärterinnen versuchten sich mit Sublimat zu vergiften, wurden aber von dem sofort herbeigerufenen Arzte gerettet. — In Ilfenburg wurden der Schauspieler Richard Karwandke und seine Ehefrau wegen Einbruchsdiebstahls, Betrugs und Urkundenfälschung festgenommen. — In Großpösna wurde der Landwirt Schieber von Beraubern wurden zwei auf dem Acker stehenden dreizeiligen Cambridge-Walzen je zwei der abhängbaren Walzen gestohlen, von denen jede drei Zentner wiegt. — In Könnern wurden bei drei Arbeitern Haussuchungen vorgenommen, die auf dem Franz-Kohlenbergwerk in Gerlebogk anscheinend 2½ Zentner Schmalz in Zweipfund-Packungen gestohlen hatten. Das Schmalz war bereits ausgelassen und in große Steinköpfe gefüllt worden. — Bei Barby wurden auf einem Kahn eine große Ladung Zucker und in einer Mühle über hundert Zentner unrechtmäßig erworbenes Getreide beschlagnahmt. — In Kreise Sangerhausen wurden einem Besitzer während der Ernte 130 Zentner Roggen, 150 Zentner Weizen, 85 Zentner Erbsen, 185 Zentner Bohnen, 300 Zentner Zuckerrüben, 400 Zentner Kartoffeln, 180 Zentner Futterrüben und 50 Zentner Möhren gestohlen. — Beim Bahnhof Naundorf bei Liebenwerda fuhr ein Schiffer beschlagnahmte jetzt, das 35 Zentner Briquettreste und 20 Zentner Torf geladen hatte. Die Ehemänner flohen. — In Ahorn und Wüsterahorn gelang es der Polizei, die Diebe dingfest zu machen, die in einer Kreiblitzer Fabrik für etwa 30 000 ℳ Patronen und Munition gestohlen hatten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210201-19/fragment/page=0005

Um fremdes Blut.

Roman von Amélie Hirge.

58. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Luisellas Stimme wollte versagen. Aber die Gegenwart des Mannes, der ihr so stumm gegenüberfaß, zwang sie mit schier übermenschlicher Kraft, zu Ende zu kommen.

„Ich habe mir manchmal einen Augenblick ausgemalt, einen über alles süßen Augenblick", hob sie wieder an, „es war das der Augenblick, in dem die Mutter, die mir das Leben gegeben hatte, kommen würde, um mich zu holen. Nun war er da, dieser Augenblick. Ich aber hatte nur ein Gebet: — sterben zu können!"

Die letzten Worte waren nur noch ein Flüstern. In dem Zuhörer aber erweckten sie ein namenlos quälendes Gefühl. Hatte Rehberg sich geirrt?

„Was ich in jenem Augenblick empfunden", so sprach sie weiter, „ich habe keine Worte dafür. — Was man von der Stimme des Blutes sagt, es ist nicht wahr. Die Mutter forderte ihr Kind, ich hörte es, und mein Fuß strebte sich dem Ruf zu folgen. Wäre Annunziata Potocky meine Mutter gewesen, ich würde glücklich sein gegen jetzt!"

Es wurde still in dem Raum — ganz still.

Gesenkten Blickes saß der Senator da; sein Herz schlug fast atemraubend dem Kommenden entgegen.

Da erbob sie sich plötzlich; es ging ein Beben durch die weichen Glieder.

„In dem Augenblick", fuhr sie fort, „als die Marchesa ihr Recht auf mich geltend zu machen suchte, vernahm ich aus Ihrem Munde, Herr Wettin, eine Antwort . . . Es ist ja sehr edelmütig von Ihnen, daß Sie mich durchaus — schützen wollten — schützen wollten vor dieser Mutter! — Sicher aber werden Sie mich verstehen, wenn Sie von mir jetzt hören, daß ich auf diesen Edelmut verzichte!"

Voll sittlicher Hoheit traf ihn ihr Blick; ihre Gestalt schien zu wachsen, sich zu vollenden in dem Bewußtsein des sie beherrschenden Gefühls.

Auch der Senator hatte sich erhoben, den Blick gesenkt vor der Demütigung, die ihm die Stirn färbte.

Bald aber hob er ihn wieder und sah sie an, so sonderbar — so werbend.

„Ich weiß nur das eine", sagte er langsam, und sein Herz klopfte hörbar unter der ihn trotz Rehbergs Versicherung überkommenden Ungeduldhoff, es sie ihm wirklich sicher, „daß ich für meine Nichte auf die Hand, die ich in einer schweren Stunde mir angeeignet habe, nicht verzichte — daß ich um sie werben werde und sei es sieben Jahre, wie einst Jakob um Rahel gedient hat . . . Aber so hilf mir doch, Luisella!" kam es wie ein Strom über seine Lippen, als er sah, wie ihr Gesicht sich förmlich verwandelte unter seinen Worten. „Du wirst es ja wissen, wie es um mich bestellt ist — wie das Schicksal mich gestraft hat! — Sprich, o sprich doch! Kannst du mir verzeihen — Tat auf Tat, die ich gegen dich gefährt habe? Was ich dem Schicksal habe abringen und mir habe erobern wollen um jeden Preis, als ich dich vor seiner Mutter zu meiner Braut mechte — sag', willst du mir es geben — dich selbst, dein Herz? Willst du mein sein — mein, du heißgeliebtes, fremdes Blut?!"

Sie sah ihn an, sie zitterte wie er.

War dies ein Traum? Das Leid um die Mutter versank. Was zwischen seinen Worten noch auszufüllen blieb — sie dachte nicht daran, sie fragte nicht danach, sie hörte aus den Worten allein das Evangelium der Liebe — seiner Liebe für sie . . .

Er hatte die Arme ausgebreitet nach ihr. Da widerstand sie nicht länger und legte das Haupt an seine Brust.

*

Zwei Stunden später nahm der Senator den Weg nach der Amtswohnung Pastor Rickerts, um diesem eine Beichte abzulegen. Als er eine halbe Stunde später das Pfarrhaus verließ, gab der alte Herr seinem vornehmen Gast bis an die Gartentür das Geleit.

„Ich hoffe, lieber Herr Pastor, daß Sie dem armen Sünder Absolution erteilen und ihm Ihren Segen zu seiner Hochzeit nicht vorenthalten?" sprach der Scheidende.

„Wie sollte ich wohl?" lächelte der alte Seelsorger, der in seinem langen Leben schon so manche Beichte vernommen, aber noch keine, wie er sie eben mit angehört hatte, und eine Träne rann ihm über das gefurchte Gesicht. „Ist doch im Himmel mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, als über neunundneunzig Gerechte! Und das Fräulein Luisella ist nun abgereist und bleibt bis zur Hochzeit im Stift?"

„Ja, soeben habe ich sie zur Bahn gebracht!" antwortete Wettin. „Sie glauben gar nicht, Herr Pastor, welch ein Jubel war, als ich Luisella dem Hausgesinde als meine Braut vorstellte. Mein alter Stephan weinte Freudentränen und Frau von Asche war offenbar am meisten überrascht."

„Werden Sie den Abendsaal nun aufrichten lassen?" fragte Rickert und lächelte fein.

Vielleicht war es das Abendrot, das das Gesicht des Senators plötzlich färbte.

„Das werde ich", sagte er eifrig, „und das Bild der Stammmutter darin aufhängen und daneben" — die einst so kühl blickenden Augen sahen so sonderbar, so frei, so glückgesättigt in das verglimmende Rot am Himmel — „daneben Luisellas Bild — das Bild der jüngsten Ahnfrau! Über sechs Wochen wird sie mein sein!"

Als der Gast fort war, blickte der alte Geistliche lange gedankenvoll vor sich hin. Dann ging er ins Haus und überlas noch einmal die Schlußzeilen des Briefes, den sein Johannes ihm heute geschickt hatte.

„Ich bin ein häufiger Gast in dem Wolfinger Forsthause", hieß es darin, „ich habe dort herzliche Aufnahme gefunden, und einen traulen Familienkreis, dessen frischer, froher Ton ein gutes Heilmittel ist für den herzenskranken Gesellen. Die älteste Tochter ist mit einem Leutnant von Rottgar verlobt; zum lieben Christfest soll die Hochzeit sein. Danach wird es stiller werden in dem alten Forsthause; ein Sonnenstrahl aber wird noch darin bleiben: das ist Martha, das jüngste Haustöchterchen, ein liebes, herzensreines Mädchen, dessen Rehaugen mich immer so freundlich anziehen. Vielleicht sind sie imstande, bereinst eine Wunde zu heilen. Schließe diese Hoffnung in Deine Gebete ein, teurer Vater, und sei herzlich gegrüßt von Deinem Dich liebenden Sohn Johannes."

Die Augen des alten Herrn hingen so innig an den Lettern, daß dieser Blick schon ein Gebet in sich einschloß — ein heißinniges Gebet.

Und aus seinem tiefsten Herzen heraus entquoll dem prächtigen alten Manne das Bekenntnis seiner Überzeugung:

„Der Herr hat alle Taschen voll und seine Erbe ist kein Jammertal!"

*

„Deine Jlotta ist zurück und erwartet Dich heute nachmittag zwischen sechs und sieben Uhr."

So lautete das duftende Briefchen, das Achim Boßbergs rasender Sehnsucht nach der teuren Frau ein Ziel zu setzen versprach.

Seine Küsse brannten auf den Zeilen, und dabei mußte er an ihren Brief damals denken und seiner sonderbaren Regung dabei, den Brief den Flammen zu übergeben, sich damit loszusagen von der Schreiberin.

(Fortsetzung folgt.)

Auktion
von tragend. Mutterschafen.
Am Montag, den 7. Febr. 1921, von nachm. 1 Uhr an versteigere ich im Gasthof „Zum Lämmchen", Schladebach, ca. 40 Stück hochtragende Mutterschafe gegen sofortige Barzahlung.
Ferner: 1 Schrotmühle, 1 Droschke mit sämtlichem Zubehör. Dieselbe ist in sehr gutem Zustande. J. Meinhardt, Auktionator, Kötschau.

Gehrock,
(mittl. Figur) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

1 Konfirmanden-Hut
billig zu verkaufen
Weber, Saalstr. 3.

Gelegenheits-Kauf.
1 7teil. Küche, fourniert. Tisch mit 4 Stühlen, Kleiderschrank, mod. Bettstelle, Chaiselongue, alles neu, zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Sehr gut erhaltenes
Plüschsofa
zu verkaufen. Zu besehen zwisch. 2 und 5 Uhr. Wo? sagt die Exped. d. Blattes.

Etwas kleiner, noch guter, saub.
Küchenschrank
billig (880 Mk.) zu verkaufen, sowie ein schweres Bücher-Wandregal (85 M.)
Naundörfer. 18.

1 elektr. Krone, Schlafstubenlampe und Küchenzuglampe
umzugshalber zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Ein
Polyphon-Konzerto
mit 40 Platten, 2,25 m hoch, 1,20 m breit, automatisch, passend für kleinere Gastwirtschaft, steht billig zum Verkauf im
Thüringer Hof.

Guterhaltener heller
Kinderwagen
(Rohr) zu verkaufen
Teichstr. 31, part.

Ein Kinderwagen-Verdeck,
wie neu, zu verkaufen
Benennen 28, 1 Tr.

Hochf. Herr.-Rad, f. neu, M. 750,
Eleg. Dam.-Rad verk.
Leipzig, Wintergartstr. 7, Hof I Trödl.

Eine Nachtwächter-Kontrolluhr
zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Guterhaltener kräftiger
Halbverdeck
preiswert zu verkaufen
Rittergut Unter-Frankleben.

Gut erhaltene große
Waschwanne
zu verkaufen
Weißenfelserstr. 20 II.

Verkaufe sehr wenig gebrauchte
Schrotmühle
G. Schaffernicht, Gr. Sittstr. 9.

Junge Kaninchen
verkauft Salza, Bahnhofstr. 3.

Za. 30 Ztr. Langstroh
zu verkaufen Gensa Nr. 31.

Klee und Wiesenheu
ist zu verkaufen
Leipziger Str. 78 a.

Kaufen Sie
Pixin
von Henkel
bestes
Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket.
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Ratskeller - Restaurant.
Jeden Mittwoch, von 1/2 8—10 Uhr,
Jeden Sonntag, von 4—11 Uhr,
Künstler-Konzert.
Dir. Konzertmeister Putler.
Eintritt frei! Otto Kießler.

Casino
Sonntag, den 6. Februar,
groß. Volks-Maskenball.
Große Ueberraschungen.
Otto Seym.

Voranzeige. Voranzeige.
Turn- und Sportverein Neu-Kössen
E. V. Gegründet 1919.
Sonntag, d. 6. 2. 1921, findet in Daspig Gasthaus z. schönen Aussicht unser
Masken-Ball
statt, wozu wir unsere Mitglieder hiermit einladen. Als Ausweis dient die Mitgliedskarte.
Maskenkarten sind erhältlich bei Herrn Albert Müller, Neu-Rössen, Merseburger Str. 21, zum Preise von 1.50 für Herren bezw. 1 M. für Damen.
Gleichzeitig machen wir bekannt, daß Dienstag, den 8. Februar 1921, abends 7 Uhr im Gasthaus Böhmer in Göltzsch große
närrische Damen- u. Herrensitzung
stattfindet.
Auch hierzu bitten wir unsere Mitglieder zahlreich erscheinen zu wollen. Der Ausschuß.

Von heute nachmittag ab steht wieder ein Transport große und kleine **Läuferschweine** sowie **gut fressende Ferkel** zu den äußersten Preisen zum Verkauf.
Nachsel, Große Ritterstraße 12.

Schreibmaschinen
aller Systeme werden schnell und sachgemäß instandgesetzt in der
Schreibmaschinen-Spezial-Werkstatt
Gustav Engel Söhne
Telephon 203.

Allerfeinster
Kunsthonig
a Pfund 4,70 Mk.
frisch eingetroffen bei
Gustav Müller, Delgrube 3.

Geschlechts-
kranke jeder Art (Harnröhrenleiden frisch u. spez. veraltet, Syphilis, Mannesschwäche, Weißfluß) wenden sich sofort vertrauensvoll an Dr. med. Dammann's Heilanstalt, Berlin S 103 Potsdamerstr. 123 B. Sprechstund. 9—11 u. 2—4, Sonnt. 10—11 Uhr. Belehrende Broschüre mit tausenden freiw. Dankschreiben und Angabe bewährter Heilmittel (ohne Quecksilber u. andere Gifte, ohne Einspritz., ohne Berufsstör.) gegen 1,— Mk. diskret in versch. Kuvert ohne Absender. Leiden genau angeb.

Umzüge
von und nach jedem Orte erledigt sachgemäß und billigst
Spedition Haluszczak
G. m. b. H.
Dammstr. 6. Naundörfer. 8.
Tel. 576. Tel. 276.

Gelegenheitsfuhre
mit Möbelwagen von Halle nach Merseburg können in den nächsten Tagen ausführen
Rich. Beyer & Co.

Die Industrie sucht Ideen und Erfindungen.
Erfinder
erhalten Anregung zum Erfinden in unserer Broschüre kostenlos.
Pigott & Hübscher Breslau 5

Wochen-Abreiß-Kalender
vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner.

Merken Sie es sich,
daß Sonntag, den 13. Februar 1921, im Kaffeehaus zu Meuschau der Buchdruckerverein Gutenberg (Verb. der D. B.)
ein **Masken-Fest**
veranstaltet. Für Unterhaltungen aller Art ist genügend Sorge getragen (u. a. wird der berühmte Wahrsager „Spaziri" jedem Besucher Gelegenheit bieten, einen Blick in die Zukunft zu werfen). Zwei gute Orchester werden dafür Sorge tragen, daß allen Teilnehmern ein wirklich musikalischer Genuß bereitet wird. Der Einlaß der Masken, von denen die besten und originellsten mit wertvollen Preisen bedacht werden, beginnt um 5 Uhr.
Vorher wird von 3 Uhr an ein Ball veranstaltet.
Wir laden hiermit alle unsere Mitglieder sowie unsere werten Gäste zu recht zahlreicher Beteiligung ein. Niemand wird den Besuch des Festes bereuen. Der Vergnügungs-Ausschuß.
Karten im Vorverkauf im Sporthaus Hans Kätzher, Kleine Ritterstraße.

Funkenburg. Morgen der große
M.-Ball.

Tivoli-Theater, Merseburg.
Donnerstag, d. 3. Febr., abends 1/2 8 Uhr, Operetten-Abend veranst. v. Dir. A. Dechant.
Novität! Einmalige Aufführung! Zum 1. Male!
Fräulein Puck.
Operette in 3 Akten von F. Arnold u. E. Bach.
Musik von Walter Kollo.
Vorverkauf im „Tivoli".

Turnverein Rothstein.
Die Turnstunden finden regelmäßig in der städt. Turnhalle (Wilhelmstr.) statt:
Mittwochs: abends 8 Uhr für Turner, Turnerinnen und Jugendturner.
Sonnabends: abends 8 Uhr für Turner, Altersriege und Jugendturner.
Anmeldungen werden daselbst entgegen genommen.
Der Vorstand.

Oeffentl. Beamten-Versammlung
Donnerstag, 3. Februar, abends 8 Uhr, in Müllers Fremdenhof zu Merseburg.
Herr Oberbergamtssekretär Zausch aus Halle wird sprechen über:
Unsere wirtschaftliche Lage und die Beamtenschaft.
Alle Beamten und Beamtinnen sind willkommen.
Deutschnationaler Beamtenausschuß.

Beamtenhochschulkurse.
Die Vorlesung des Prof. Jöres über Gesellschafts- und Staatsauffassungen — Kursus 4 — fällt am Donnerstag, den 3. 2., aus. Nächste Vorlesung Kursus 4: 17. 2.
Die Leitung.

Spergau Gasthof zur Preußischen Krone
Mittwoch, den 2. Februar 1921
gr. Lichtmeßrummel.
Von nachmittags 3 Uhr und abends 7 Uhr
im Restaurant große Varietee-Vorstellung.
Ausschank Oettler-Bockbier, Bockwürstchen und russischer Salat.
Dazu ladet freundlichst ein A. Winkler.

Frida Eckardt,
Damenschneiderin — Neumarkt 34, part.
empfiehlt sich zur Anfertigung von Konfirmationskleidern sowie Tanzstundenkleidern, auch Kindergarderobe aller Art zu heutigen Tagespreisen.

Allen **Epilepsie-**
(Fallsucht-, Krämpfe) sowie Bettnässen (Blasenleiden, Blasenschwäche-) Leidenden erst. kostenl. Auskunft auch in schwierigen Fällen
Pfarrer a. Schulinspektor a. D. F. O. Fiedler, Hiewerle S. 365 H. L.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210201-19/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Stellenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 mal 6 Seiten „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der gelegentlich erscheinenden Beilage „Der Chronik von Merseburg"

Nr. 26 — Dienstag den 1. Februar 1921 — 47. Jahrg.

Nach der Pariser Konferenz.

Der erste Eindruck.

Von Friedrich Weinhausen, M. d. R.

Unter dem erschütternden Eindruck der Bestätigung des von den Sonntagszeitungen bereits gemeldeten Ergebnisses der Pariser Konferenzbeschlüsse durch den Reichsaußenminister Simons hat am Montagmittag der Reichstag seine Arbeit abgebrochen. Das gesamte Reichskabinett mußte am Nachmittag die übermittelte Note der Alliierten beraten und die Fraktionen mußten Stellung dazu nehmen. Heute, Dienstagmittag, wird das Ergebnis der Kabinettsberatung vom Außenminister dem Reichstag vorgetragen und den Parteien Gelegenheit gegeben werden, sich dazu zu äußern.

Bis dahin kann nur über die ersten Eindrücke berichtet werden. Der Außenminister Simons hat bei seiner kurzen Mitteilung am Montag den Inhalt der übermittelten Pariser Note dahin gekennzeichnet, daß für die Entwaffnungen endgültige Entscheidungen getroffen seien, für die Wiedergutmachung aber nur Propositionen, Vorschläge. Das hörte sich fast so an, als ob der Außenminister glaube, an diesen Vorschlägen könne noch viel zu Deutschlands Gunsten geändert werden. Da aber in der Note ausdrücklich betont wird, daß die Beschlüsse einstimmig gefaßt seien, so kann man kaum annehmen, daß deutsche Vorstellungen noch viel abzuhandeln vermöchten. Lloyd George hat ja bekanntlich auch erklärt, daß er selten so befriedigt von einer Konferenz gewesen ist, wie von der letzten; das sieht gewiß nicht darnach aus, als ob nachträglich wesentliche Korrekturen in Aussicht genommen seien.

Die erste Frage, die sich nun erhebt, ist die, ob die Vorschläge als im äußersten Notfalle erträglich gelten können. Das muß rund und glatt verneint werden. Selbst wenn man über die Geldforderungen, die sich bekanntlich auf 42 Jahre erstrecken und die ungeheure Höhe von 226 Milliarden Goldmark oder nach dem augenblicklichen Markkurs 3 Billionen Papiermark betragen sollen, mit sich reden ließe, über die gleichzeitige Bedingung der Abgabe von 12½ Proz. Exportzuschlag auf alle deutschen Ausfuhrwaren an die Reparationskommission ist überhaupt nicht zu reden. Denn diese Forderung bedeutet die Unmöglichmachung eines nennenswerten deutschen Exportes, bedeutet also die Entziehung der Lebensmöglichkeiten für das deutsche Volk. Diese Bedingungen annehmen, hieße die deutsche Nation auf den Stand einer Kuli-Nation herunterdrücken, die keine andere Aussicht mehr hat, als dauernd für fremde Völker zu frohnden. Keine deutsche Regierung, mag sie zusammengesetzt sein, wie sie wolle, kann einer solchen Ungeheuerlichkeit zustimmen.

Aber nach dieser selbstverständlichen Feststellung erhebt sich die andere Frage, ob die Reichsregierung und der Reichstag einfach „nein" sagen und alles weitere der Willkür der Siegerstaaten überlassen oder ob sie den Verhandlungsweg betreten und Gegenvorschläge machen sollen. Bekanntlich ist in der Note bereits angekündigt, daß beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung am 28. Februar nach London kommen und über die Durchführung der Maßnahmen gehört werden sollen. Die Meinungen, ob Deutschland dieser Einladung folgen oder sie einfach ausschlagen solle, können vielleicht geteilt sein. Gewisse Parteien, die sich noch immer etwas vom Aufkrumpfen versprechen, werden jedes weitere Verhandeln ablehnen wollen. Auf der anderen Seite werden die Parteien, die in ähnlicher schwieriger Lage im Sommer 1919 zur Unterschrift des Friedensvertrages sich bereitfinden ließen, auch jetzt wieder dringend zu Verhandlungen raten.

Wir Demokraten haben seinerzeit gegen den Friedensvertrag gestimmt und die neueste schwierigste Situation, vor die wir uns gestellt sehen, gibt jener demokratischen Haltung heute ebenso recht, wie alle die anderen peinlichen Lagen und Demütigungen, die wir inzwischen schon hinter uns haben. Trotzdem dürfte im demokratischen Lager fürs erste die Ansicht überwiegen, daß diesmal doch alle Verhandlungsmöglichkeiten erst erschöpft werden sollten, ehe das letzte „Nein!" kommt. Die Zeit arbeitet für uns. Die Wirtschaftskrisis, die bei uns herrscht, hat in fast gleicher Stärke jetzt auch die Siegerstaaten ergriffen. Die Ausschaltung Deutschlands vom Weltmarkt macht sich in England und Frankreich mit jedem Tage deutlicher fühlbar. Sie wird auch in Amerika überaus schmerzlich empfunden. Je länger sich die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes im Auslande auszuwirken vermag, um so mehr muß die Einsicht wachsen, daß es auf die Dauer so nicht weitergehen kann. Es kommt hinzu, daß in Amerika mit dem Wechsel der Präsidentschaft eine neue Situation entsteht, die auf die gesamte Weltlage von nicht abzusehendem Einfluß sein wird. Wir sind nach den furchtbaren Enttäuschungen, die einst Wilson dem deutschen Volke bereitet hat, gewiß weit davon entfernt, nun etwa auf den kommenden Harding irgendwelche besonderen Hoffnungen zu setzen. Aber wir haben auch keinen Grund, den voraussichtlichen Umschwung nicht erst abzuwarten, sondern mit größter Beschleunigung unseren Gegnern ein sofortiges „Nein!" entgegenzuschleudern. Verhandlungen, wie sie in diesem Falle notwendig sind, können Wochen und Monate dauern. Unsere endgültige Antwort auf das neueste Diktat von Paris kann ruhig bis dahin vertagt werden. Irgendwelche Schädigungen würden für Deutschland hieraus kaum erwachsen.

Der erste Eindruck in den Kreisen der demokratischen Parlamentarier kann daher dahin zusammengefaßt werden: Das neue Diktat der Pariser Konferenz ist unerfüllbar, aber Deutschland soll sich ernsthaft bemühen, bis zum 28. Februar den Nachweis der Unerfüllbarkeit und neue Gegenvorschläge vorzubereiten, die das äußerste Maß von Möglichkeiten eines Entgegenkommens unsererseits bedeuten.

*

Die Note der Entschädigungsforderungen.

Die gleichzeitig mit der militärischen Note übergebene Vereinbarung zwischen den alliierten Mächten zur Regelung gewisser Fragen hinsichtlich der Ausführung des Vertrages von Versailles hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1.

Um die Verpflichtungen, welche die Artikel 231 und 232 des Vertrages von Versailles Deutschland auferlegt haben, zu erfüllen, hat Deutschland außer den Rücklieferungen, die es gemäß Artikel 238 zu bewirken hat, und außer allen anderen Verpflichtungen des Vertrages zu zahlen:

1. Feste Annuitäten je zur Hälfte am Ende jedes Halbjahres zahlbar und wie folgt bestimmt:
   a) zwei Annuitäten von 2 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1923;
   b) drei Annuitäten von 3 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1923 bis 1. Mai 1926;
   c) drei Annuitäten von 4 Milliarden Goldmark vom 1. Mai 1926 bis 1. Mai 1929;
   d) drei Annuitäten von 5 Milliarden Goldmark vom 1. Mai 1929 bis 1. Mai 1932;
   e) 31 Annuitäten von 6 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1932 bis 1. Mai 1963.
2. 42 Annuitäten, die vom 1. Mai 1921 zu laufen beginnen [illegible]

abgaben und aller Ueberabgaben dient als besonderes Pfand für die Durchführung der gegenwärtigen Vereinbarung.

Keine Änderung in der Zollgesetzgebung oder in den Zollverwaltungsbestimmungen Deutschlands, die geeignet wäre, den Ertrag der Zölle zu vermindern, darf ohne Zustimmung der Reparationskommission vorgenommen werden. Die Gesamtheit der deutschen Zolleinnahmen wird für Rechnung der deutschen Regierung durch einen Generalzolleinnehmer für die deutschen Zölle vereinnahmt werden, der von der deutschen Regierung mit Zustimmung der Reparationskommission ernannt werden wird.

Falls Deutschland eine der in der gegenwärtigen Vereinbarung vorgesehenen Zahlungen unterlassen sollte,

kann 1. die Gesamtheit oder ein Teil des Ertrages der deutschen Zölle in die Hand des Generaleinnehmers für die deutschen Zölle durch die Reparationskommission beschlagnahmt und von ihr zur Erfüllung derjenigen Verpflichtungen verwendet werden, die Deutschland zu erfüllen unterlassen hat. In diesem Falle kann die Reparationskommission, wenn sie es für nötig hält, die Verwaltung und die Vereinnahmung der Zolleinnahmen selbst übernehmen; 2. die Reparationskommission außerdem die deutsche Regierung auffordern, die Tarife zu erhöhen oder zur Bemehrung ihrer Einnahmequellen andere von dieser Kommission als unumgänglich erachtete Maßnahmen zu treffen. 3. Wenn diese Aufforderung ohne Erfolg bleiben sollte, so kann die Kommission die Tatsache der Nichterfüllung der deutschen Regierung förmlich feststellen und diese Sachlage den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte anzeigen, die dann die von ihnen als gerechtfertigt erachteten Maßnahmen ergreifen werden.

Geschehen in Paris am 29. Januar 1921.

(gez.) Henri Jaspar. Dr. Lloyd George. Ar. Briand. C. Sforza. T. Ishii.

*

Einladung zu einer Besprechung in London Ende Februar.

In der mit der Entwaffnungs- und Reparationsnote übergebenen Mantelnote wird gleichzeitig der bevollmächtigte Delegierte der deutschen Regierung eingeladen werden, sich Ende Februar mit den Delegierten der Alliierten in London zu treffen.

Die Wirkungen der Ententeforderungen.

Über die neuen Ententeforderungen äußert sich eine führende Persönlichkeit unseres Außenhandels

in der „B. Z.", daß die in den Pariser Beschlüssen vorgesehene Erhebung einer Ausfuhrabgabe von 12½ Prozent den ganzen deutschen Ausfuhrhandel geradezu verwüsten würde. Vorübergehend würde vielleicht die Verschlechterung unserer Valuta unsere Ausfuhr erhöhen, aber bald würden neue Steigerungen der Löhne und infolgedessen der Herstellungspreise eintreten und als deren Folge die Unmöglichkeit, konkurrenzfähig zu bleiben. Die Ausfuhrabgabe, die von der Entente verlangt wird, könnte also in kürzester Zeit nur dazu führen, daß unser Außenhandel ganz aufhört und die Entente überhaupt nichts bekommt. Auch der Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft Urbig, der als Sachverständiger an der Versailler „Friedenskonferenz" und an der Brüsseler Finanzkonferenz teilgenommen hat und jetzt auch zu den Verhandlungen über das Mark-Abkommen mit Belgien von der Regierung herangezogen worden ist, äußerte sich in einer Unterredung mit einem Pressevertreter in ähnlichem Sinne. U. a. sagte er: „Ich hoffe, man wird bei uns einsehen, welchen Gefahren wir gegenüberstehen, denn in Frankreich ist man noch nicht soweit, einzusehen, daß auch mit der Besetzung des Ruhrgebiets der in diesen Milliarden liegende Wahnsinn nicht zu einer Realität verwandelt wird. Vielleicht läßt man sich in Frankreich noch einmal von hier aus sagen, daß diese Besetzung der finanzielle Zusammenbruch unmittelbar folgen müßte. Alle Berufskreise müssen jetzt ihre Stimme erheben. Wenn darz auf der Gegenseite nicht zu der Auffassung kommen, daß wir das den 14 Punkten Wilsons hohnsprechende

Die Reichsregierung zu den neuen Erpressungen der Entente an Deutschland.

Berlin, 1. Febr. (TU.) Das Reichskabinett hat gestern abend in später Stunde seine Beratungen über die Noten der Alliierten und deren Auswirkungen für die innere und äußere Politik abgeschlossen. Man kann danach feststellen, daß das Reichskabinett seine bisherige Politik zunächst weitergehen wird, daß der Reichsminister Dr. Simons im Amte bleibt. Die Ansicht des Reichskabinetts ging, wie verlautet, dahin, daß auch durch einen Wechsel in der Regierung zunächst an der Sachlage nichts geändert werden könnte. Dr. Simons wird heute im Ausschuß für auswärtige Politik und im Reichstag die Ansicht des Reichskabinetts mitteilen. Als Folge der politischen Situation haben die Bemühungen um eine Verbreiterung der Regierungsmehrheit wieder begonnen.

Berlin, 1. Febr. (TU.) Wie die „B. Z." mitteilt, ist heute nacht ein Sonderkurier der deutschen Botschaft in Paris hier eingetroffen, der das Original der beiden Noten der Entente und das von den Vertretern der Alliierten unterzeichnete Begleitschreiben hierzu überbrachte. Die Noten seien ein ganz hervorragendes Dokument, das nicht in Schreibmaschinenschrift, sondern im Druck hergestellt und goldumrändert ist.

Paris, 1. Febr. (WTB.) Der deutsche Botschafter Dr. Mayer ist gestern aus Deutschland nach Paris zurückgekehrt.

Englische Urteile.

London, 1. Febr. (WTB.) Im Mittelpunkte des Interesses steht die von Deutschland geforderte Reparation, insbesondere die Frage der Haltung Deutschlands. Die Urteile der Presse gehen der politischen Haltung der Blätter entsprechend weit auseinander. Während „Manchester Guardian" und „Westminster Gazette" sowie „Star" die Beschlüsse der Alliierten in der Reparationsfrage zum Teil scharf verurteilen, stimmen „Evenin Standard" und „Globe", „Pallmalle Gazette" und „Evening News" den Beschlüssen der Pariser Konferenz zu. Über die Haltung Deutschlands herrscht Unsicherheit. Die Mehrzahl der Urteile ist jedoch auf das Wort „Deutschland wird zahlen" abgestimmt.

79 Milliarden ungedeckte Ausgaben des Reiches für 1920.

Berlin, 1. Febr. (TU.) Im Reichsrat machte ein Regierungsvertreter Ausführungen über den Haushalt des Reiches nach Einbringung einer Reihe von Ergänzungsgesetzen. Es geht daraus hervor, daß die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1920 auf rund 79 Milliarden angewachsen sind.

Rückgabe des feindlichen Eigentums in Amerika beantragt.

New York, 1. Febr. Nach einer Meldung der Frankfurter Ztg. hat der Repräsentant Caldwell eine Bill vorgelegt, nach der alles feindliche Eigentum ohne Rücksicht sofort den Eigentümern zurückgegeben werden soll.

Fabrikationsgeheimnisse gestohlen.

Stuttgart, 1. Febr. (WTB.) In Rottweil versuchten verschiedene Personen ein Fabrikationsgeheimnis der dortigen Pulverfabrik ins Ausland zu verkaufen. Gegen die Betreffenden ist Haftbefehl erlassen worden. Die Akten sind bereits dem Oberreichsanwalt übergeben.

Amerika und die Erpressernoten.

Washington, 1. Febr. (WTB.) Die Londoner „Daily Expreß" meldet aus Washington, daß die amtlichen amerikanischen Kreise nicht besonders begeistert über das Reparationsprogramm der Alliierten sind. Sie meinen, es sei Deutschlands Sache, zu sagen, ob der Plan Erfolg haben könne. Es wird darauf hingewiesen, daß die in Paris getroffenen Entscheidungen von vitaler Bedeutung für die amerikanischen Handelsbeziehungen nicht nur zu Deutschland, sondern auch zu den Alliierten sind.

New York, 1. Febr. (WTB.) Selbst ententefreundliche Blätter verurteilen die Pariser Bemessung der Entschädigung. „New York World" fragt, ob denn die europäische Klugheit tot sei. „New York Times" nennt die Exportsteuer verrückt.

Brüsseler Konferenzbeginn am 7. Februar.

Paris, 1. Febr. Die Konferenz der Sachverständigen in Brüssel ist auf den 7. Februar einberufen worden. Die deutschen Delegierten sind gleichfalls geladen. Die Sachverständigen der Alliierten sind bereits mit der Ausarbeitung des Programms für die Beratungen beschäftigt.

Verschiebung des Abstimmungstermins für Oberschlesien?

Berlin, 1. Febr. Wie wir von gutunterrichteter Seite hören, ist eine Verschiebung des Abstimmungstermins für Oberschlesien vom 13. März auf ein späteres Datum wahrscheinlich. Der Termin für die Eintragung in die Listen wird um sechs Tage verlängert werden.

Kemal Paschas Bedingungen für London.

London, 1. Febr. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß Mustapha Kemal Pascha weitere Bedingungen für die Teilnahme an der Londoner Konferenz stellt. Er fordert, daß die Konstantinopeler Regierung zurücktritt und daß nur die Regierung von Angora Delegierte zur Konferenz entsendet. Mustapha Kemal Pascha hat seinen Streitkräften befohlen, während der Verhandlungen die Feindseligkeiten gegen die Franzosen in Cicilien und gegen die Engländer in Mesopotamien einzustellen. Wie Reuter weiter meldet, wird in amtlichen Kreisen in London die anmaßende Haltung Mustapha Kemal Paschas unwillig aufgenommen. Es wird darauf hingewiesen, daß die anatolische Regierung auf der Londoner Konferenz alles zu gewinnen und nichts zu verlieren habe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210201-19/fragment/page=0007